Einen anderen {改道} Weg gehen...

N°28 - 04.2013

GAIDAO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

IN DIESER AUSGABE

Aus Forum wird Föderation
Von Mensch, Natur und anderen Absonderheiten
Kritik des Anarcho-Primitivismus u.v.m.

Editorial

Hallo Menschen,

seit Januar 2013 gibt es uns also auch als Printausgabe im Abonnement. Seitdem steigen die Abo-Zahlen langsam aber sehr kontinuierlich an. Gleichzeitig wird auch immer noch rege Gebrauch von der Möglichkeit gemacht, sich die [改道] Gǎi Dào kostenlos als PDF oder eBook herunter zu laden. Auch das Angebot, die Zeitung via issue.com online zu lesen, wird erfreulich häufig genutzt. Das alles motiviert uns sehr zum weitermachen.

Auf dem FdA-Treffen im März in Witten hat sich auch die Redaktion getroffen. Wir haben eine ganze Reihe von Plänen, die wir gerne in den nächsten Monaten umsetzen wollen. Einige dieser Ideen sind sehr oldschool. So überlegen wir zum Beispiel auch, eine Wandzeitungsausgabe zu machen. Noch sind wir uns nicht ganz sicher wie die aussehen wird, aber wir experimentieren schon ganz fleißig mit verschiedenen Konzepten. Noch aufwendiger als dieses Projekt wird die zweite Oldschoolidee, die wir hatten. An dieser Stelle können wir jedoch noch nicht verraten um was es geht. Das Konzept steht schon, jetzt müssen wir nur noch die inhaltlichen Grundlagen schaffen. Sobald es soweit ist damit an die Öffentlichkeit zu gehen, werdet ihr, die geneigte Leserschaft der [改道] Gǎi Dào, es als allererste erfahren.

Notwendige Anmerkung:
Der Druckfehlerteufel hat zugeschlagen. Bei dem öffentlichen Termin der Libertären Gruppe Heidelberg auf der Seite "FdA hautnah" wurde in den letzten zwei Ausgaben leider ein falscher Termin abgedruckt. Hier der richtige Termin: A-Kneipe der Libertären Gruppe Heidelberg, jeden 1. Samstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg-Altstadt.

Jetzt aber erst mal viel Spaß beim Lesen!
Eure Redaktion

Impressum:

Herausgeber*innen:	[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.:	Be the media Postfach 11 24 66361 St. Ingbert
Druck und Verlag:	Eigenverlag
Erscheinungsweise:	monatlich
Kontakt:	redaktion-gaidao@riseup.net

Über uns

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA), das in der Internationalen der anarchistischen Föderationen (IFA) organisiert ist.

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatlichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipen im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.

Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao

[改道] **Gai Dào** 03
N°28 - April 2013

FdA/IFA

04 ***Aus Forum wird Föderation***
Die Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA)

05 ***Unterwegs in Sachen Solidarität***
Infotour zur Lage der anarchistischen Bewegung in Weissrussland

Weltweit

06 ***Neues aus dem „Nahen Osten“***
Der Soziale Marsch der Anarchist*innen

07 ***Weder Trauer noch Freude***
Es ist Zeit, soziale Kämpfe autonom zu führen!

08 ***“Wir sind keine Betrüger – wir sind Verfolgte”***
Zu den Refugee-Protesten in Österreich

Bewegung

11 ***Offener Brief an die Betriebsräte bei MAN, München***

12 ***Nachruf: Dieter Poschen***
RIP 12. März 2013 in Faro (Portugal)

Kultur und Alltag

12 ***Call for Papers***
Anarchismus-Upgrading

14 ***Überlegungen zur Unmöglichkeit der Revolution im Theater***

Lokales

13 ***Pinnwand***
Nachrichten in aller Kürze

Analyse & Diskussion

16 ***Von Mensch, Natur und Anderen Absonderheiten***

18 ***Kritik des Anarcho-Primitivismus***
Vortrag vor der FAU-Lokalföderation Bielefeld am 11.02.2013

20 ***“Endlich aus der Nische raus” Aber warum und wohin? – Fragen statt Antworten***
Eine Erwiderung.

22 ***Registermethode 2.0***
Einige Überlegungen zur syndikalistischen Kampftaktik.

23 ***Schluckenhauer Zipfel:***
Roma kämpfen um Selbstbestimmung und zumutbare Lebensbedingungen, Interview mit Aktivist*innen der Initiative “Wohnraum für Alle”

Aufrufe

28 ***Heraus zum 1. Mai***
Aufruf von Bonn Libertär zum 01. Mai 2013

Termine

30 ***Termine***

31 ***FdA hautnah***
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete *„*innen“* (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

Aus Forum wird Föderation

*Die Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA)*

★

Auf unserem Treffen in Witten haben wir beschlossen, dem Aufschwung in unseren Strukturen Rechnung zu tragen und uns in Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen umzubenennen.

Auch wenn wir noch lange nicht flächendeckend im deutschsprachigen Raum vertreten sind, wollten wir nun den Schritt wagen und die Gründung der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen verkünden. Wir betonen dabei, dass wir uns selbstverständlich nicht als "die Föderation aller Anarchist*innen" sehen und uns daher auch keinen Alleinvertretungsanspruch anmaßen. Aber natürlich sind Anarchist*innen aller Strömungen willkommen, die sich mit unseren Prinzipien und Statuten identifizieren können.

Mit „deutschsprachig" meinen wir in diesem Fall den geografischen Sprachraum, also vor allem Deutschland, Österreich und den nördlichen Teil der Schweiz. Als Anarchist*innen wollen wir Nationen und Staatsgrenzen überwinden, was wir durch die Ausweitung unserer Organisation auf den Sprachraum zum Ausdruck bringen möchten. Sprache als Kriterium hat dabei keinen identitären Hintergrund, sondern erscheint uns aus rein praktischen Gründen sinnvoll, um arbeitsfähig zu bleiben – nicht jede*r von uns hat Fremdsprachenkenntnisse und ein Übersetzen aller relevanten Informationen würde uns (zumindest im Moment) überfordern. Trotzdem pflegen wir gute Kontakte zu Föderationen und Gruppen in anderen Regionen.

Der Übergang vom Forum zur Föderation hat unterschiedliche Gründe: Zum einen gab nach einer Stagnation der Arbeit der FdA in den letzten Jahren wieder frischen Wind und viel Interesse an überregionalen Vernetzungen. Zum anderen gibt es seit 3 Jahren zahlreiche Neugründungen von anarchistischen Gruppen. Auch das Interesse an anarchistischen Ideen im Allgemeinen ist spürbar gestiegen.

Innerhalb des vergangenen Jahres haben sich bspw. mit dem Beitritt des Anarchistischen Netzwerks Südwest* als erste Regionalföderation viele Gruppen aus dem Südwesten Deutschlands der FdA angeschlossen. Darüber hinaus sind wir auch in vielen anderen Regionen im deutschsprachigen Raum mit Gruppen, aber auch mit einem Druckereikollektiv in Zürich vertreten. Aktuell findet eine starke Organisierung anarchistischer Gruppen in der Rhein-Ruhr-Region statt, mit denen die FdA in engem Kontakt steht. Seit über zwei Jahren erscheint auch die Gaidao, unsere Föderationszeitung, monatlich als Online-Ausgabe und seit Anfang dieses Jahres auch in gedruckter Form.

Wir finden es wichtig, herrschaftsfreie Strukturen aufzubauen, damit zu experimentieren, Erfahrungen zu sammeln und diese dadurch zu festigen. Wir wollen vorhandene Ressourcen besser nutzen, voneinander lernen, Solidarität organisieren und praktizieren. Gemeinsam möchten wir über unseren Tellerrand hinwegschauen, überregional und global aktiv sein. Um sich auch international zu vernetzen ist die FdA in der Internationale der Anarchistischen Föderationen (IFA) organisiert. Die IFA bietet für uns die Gelegenheit, uns mit Anarchist*innen auch in anderen Winkeln der Erde auszutauschen und uns gegenseitig in unseren Kämpfen zu unterstützen.

Im Gegensatz zu Regionen wie die der Iberischen Halbinseln, dem frankophonen Sprachraum oder den Britischen Inseln können wir dabei nicht auf eine jahrzehntelange funktionierende Organisation zurückgreifen, sondern müssen uns noch noch viel erarbeiten. Doch dieser Umstand kann auch als Chance begriffen werden. Wir können von den Erfahrungen anderer Föderationen lernen. Dieser Prozess ist ein nie endender, denn es gilt uns, unsere Strukturen, unser Handeln und unsere Art zu Leben ständig in Frage zu stellen und zu verbessern. Mit der Ausrufung der Anarchistischen Föderation sind wir noch lange nicht am Ziel. Gerade jetzt, da die sozialen Kämpfe in vielen Ländern zunehmen, die kapitalistische Krise sich ausweitet, unzählige Menschen vor dem buchstäblichen Nichts stehen, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und andere menschenverachtende Ideologien zunehmen und faschistische Parteien und Gruppierungen wieder stärker zu werden drohen, ist es wichtig, sich in einem größeren Kontext gegen diese Zumutungen zu organisieren.
Wir wollen nicht müde werden, gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Herrschaft zu kämpfen und diese als Ganzes zu überwinden.

In diesem Sinne:
Anarchie leben – Anarchismus organisieren!

*Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA – IFA)*
21. März 2013

Unterwegs in Sachen Solidarität – Infotour zur Lage der anarchistischen Bewegung in Weissrussland

Am 15. Februar startete mit einer Veranstaltung im Londoner Freedom Bookshop eine mehrmonatige Infotour eines Aktivisten des Anarchist Black Cross (ABC) Belarus. In den kommenden Wochen werden mehrere Städte in Großbritannien bereist, bevor die Tour weiter auf die iberische Halbinsel, danach nach Frankreich und Belgien und zum Abschluss in die Schweiz und quer durch Deutschland führt. Organisiert wird die Rundreise dieses Mal von der Internationalen der Anarchistischen Föderationen (IFA), lokalen ABC- und anderen anarchistischen Gruppen.

Schon 2011 reisten Aktivist*innen durch Europa, um über die Situation in Weissrussland und die Repression gegenüber der anarchistischen Bewegung zu informieren. In den vergangenen zwei Jahren hat sich die Situation jedoch merklich verschlechtert. Stand die letzte Rundreise noch ganz im Zeichen der Proteste im Zuge der letztjährigen Präsidentschaftswahlen, so wird jetzt wohl ein Land beschrieben, das in weiten Teilen lethargisch und resigniert die absolute Macht des Lukaschenko-Regimes hin nimmt.

Weitere Infos unter: *www.fda-ifa.org*

Tour-Planung im deutschsprachigen Raum:

06.04. Wuppertal Solikonzert für den ABC Belarus, AZ Wuppertal
13.04/14.04. Zürich Soli-Vokü (Karakök Autonome)
15.04. Zürich (Karakök Autonome)
19 Uhr, ABS, Hohlstrasse 481
16.04. Nürnberg (FAU Nürnberg)
17.04. Ludwigsburg ([LB]²)
19:30 Uhr, DemoZ
18.04. Karlsruhe (LGKA)
Viktoriastr. 12
19 Uhr Vokü, 20 Uhr Beginn
19.04. Düsseldorf (FAU-D)
20 Uhr, Hinterhof, Corneliusstr. 108,
20.04./21.04. Mannheim (AGM)
Anarchistische Buchmesse
22.04. Dresden (LNDD)
20 Uhr, WUMS e.V.
23.04. Leipzig (ASJ Leipzig)
24.04. Finsterwalde
(Organisierte Anarchist*innen Finsterwalde)
25.04. Berlin (AFB + Belarus-Solikreis)
26.04. Belarus-Soli-Party im NewYorck (Berlin)

Neues aus dem „Nahen Osten“

*Der Soziale Marsch der Anarchist*innen*

★ *Koshara Koshmara*

Am 02.03.13 gab es wieder eine landesweite Aktion in Russland, der sogenannte „soziale Marsch“. Auch in St. Petersburg, Belgorod und Moskau fanden Demonstrationen zum Schutz der Bürgerrechte statt. Organisiert und begleitet wurden diese Demonstrationen von verschiedenen Initiativen, vereint unter einem gemeinsamen Slogan: „Soziale Garantien - Ja / Politische Repressionen – Nein“ . Unter anderem ging es um die prekäre Wohnungslage im Land, um Repressionen, die Probleme der Rentner*innen, die überfüllten Busse und Bahnen und die Fahrpreise, die menschenunwürdige Behandlung der Bürger*innen durch Politiker*innen und Spekulant*innen, und auch die Tierrechte wurden angesprochen. Die Problemstellungen lassen auch gewisse Parallelen zur Situation in Deutschland erkennen. Beteiligt waren verschiedene Bürgerinitiativen, Libertäre und die Anarchist*innen von Avtonom.org, die sich selbst als libertär-kommunistische Anarchist*innen verstehen und die Hauptinitiatoren der landesweiten Aktion waren.

Die größte Herausforderung für die Veranstalter*innen war es, die unterschiedlichen unabhängigen Organisationen und Initiativen sowie Bürger*innen auf einer gemeinsamen Demonstration mit gemeinsamen Forderungen an die Regierung und gemeinsamen Slogans zu vereinen. Dies verlief in den jeweiligen Städten unterschiedlich, an dieser Stelle ein kleiner Bericht zu der Vorgehensweise in Moskau und St. Petersburg.

In St. Petersburg setzten sich alle im Vorfeld an einen „runden Tisch“ und formulierten eine ganze Reihe politischer Forderungen aus. Da die gesamte Wiedergabe den Rahmen sprengen würde, hier nur einige Forderungen unserer Kolleg*innen von Avtonom.org in St. Petersburg:

1. Die Möglichkeit eines Misstrauensvotums bei jedem Abgeordneten zu jeder Zeit, wenn dieser das Vertrauen seiner Wähler*innen verliert (Nichterfüllen ihrer Forderungen). Eine einfachere Vorgehensweise, um in solchen Fällen sein*ihr Misstrauen auszudrücken.
2. Die Wiedereinführung des Streikrechts, welches mit der Einführung des neuen Arbeitsgesetzes faktisch ausgehebelt wurde.
3. Abschaffung des Gesetzes „zur Abwehr von Extremismus“ und der zugehörigen Paragraphen.

Die Moskauer Kolleg*innen von Avtonom.org waren die Initiator*innen in ihrer Stadt, sie marschierten an der Spitze des Zuges mit einem Transparent: „Die Stadt den Bürgern und nicht den Geschäftemachern“. Die beteiligten Anarchist*innen brachten aber auch Banner und Plakate zu verschiedenen sozialen Themen mit, unter anderem mit Slogans wie : „Gesundheit ist keine Ware“, „Tiere ins Haus und die Beamten in die Käfige“, „Freie Maulkörbe für Hundefänger“, „Nein zur Internetzensur“, „ Autonomie für die Universitäten“, „Visum – den Beamten, Freizügigkeit - den Völkern“. Im Anschluss gab es eine Kundgebung, einer der Redner*innen war ein Aktivist von Avtonom.org. Im Wesentlichen war es eine Erklärung darüber, warum die Anarchist*innen sich an dieser Kundgebung beteiligten und worum es ihnen dabei geht. Hier eine Übersetzung des Redebeitrags unseres Moskauer Kollegen (einiges auch nur sinngemäß):

„ Warum sind wir heute hier? Weil die Stadt in der wir leben nicht mehr uns, den Bürgern gehört! Sie gehört irgendwelchen Beamten und Geschäftemachern, die mit dieser Stadt tun und lassen was sie wollen, ohne Rücksicht auf die Bürger. Für sie zählt nur das Kapital und der eigene Vorteil, nicht unsere Interessen!“ An dieser Stelle zählte der Aktivist die eingangs erwähnten sozialen Missstände auf. Insbesondere verwies er auf die Wohnungsräumungen und verbunden damit auf die vielen Rentnerinnen (wörtlich als Omas bezeichnet), die sich dem Zug angeschlossen hatten. „ Seht die vielen Rentnerinnen, die in großer Zahl hier erschienen sind. Sie sollen aus ihren Häusern/Wohnungen zwangsgeräumt werden. Deshalb sind sie heute hier! Den Bürokraten und Investoren sind sie scheißegal, sie interessiert nur das Kapital. Dieses Prinzip gilt überall in unserer Stadt, an erster Stelle steht das Geld, nicht die Menschen. Wir wollen, dass das ein Ende hat! Wir müssen die Stadt wieder in die eigenen Hände nehmen, wir als Bewohner dieser Stadt müssen anfangen, die Stadt selbst zu kontrollieren! Wir selbst sollten entscheiden dürfen wo Menschen leben werden und wo nicht, wo weitere Grünflächen (Parks) entstehen sollen und wo nicht, wo Supermärkte sein werden/sollten und wo nicht! Wir sollten entscheiden, unter welchen Bedingungen wir leben wollen! Wenn wir die Sache in die Hände der Beamten und Investoren legen wird nichts passieren, denn diese handeln nicht in unserem Interesse sondern in ihrem eigenem und nur fürs Kapital! Uns bleibt nur das, was die uns übrig lassen. Deshalb müssen wir uns selbst organisieren, an allen Orten. Wenn ihr in einem Mehrfamilienhaus wohnt, müsst ihr euer eigenes Wohnhauskomitee gründen, weil euch dieser Wohnraum faktisch weggenommen wurde von Besitzern und Wohngesellschaften, die euch höchstwahrscheinlich belügen. Wenn ihr irgendwo arbeitet, könnt ihr euch sicher sein, dass euer Chef euch belügt!!! Wenn er euch nicht belügen und euer Geld nehmen würde, würde er euch nicht auf der Arbeit versammeln! Also organisiert euch auf der Arbeit und löst eure Probleme selbst, außer euch wird sie nämlich niemand lösen! Wenn ihr die Lösung eurer Probleme ein-em anderen anvertraut, dann überlasst ihr ihm eure Freiheit und wenn ihr glaubt, dass ein anderer kommt und eure Probleme für euch lösen wird, dann seid ihr naive Kleinkinder. So wird es nie sein!!! So denken nur 6- bis 10-Jährige, die Eltern haben. Ihr hingegen seid erwachsene Menschen, für euch kommt kein guter Onkel um alles zu erledigen, er kommt bloß, um sich die Taschen auf eure Kosten voll zu machen und euch zu belügen. Deshalb appelliere ich an euch, WACHT ENDLICH AUF und schaut der Realität ins Gesicht, ehe ihr euch nicht selbst organisiert und die Sachen nicht selbst in

die Hand nehmt, wird keine Partei, kein Oppositionsführer, niemand kommen und es für euch machen. Sie werden euch belügen und abkassieren, denkt mal drüber nach, wacht auf."
Auf der Abschlusskundgebung, appellierte der delegierte Aktivist nochmals an die Bevölkerung und machte darauf aufmerksam, dass der anarchistische Block bereits seit langer Zeit einen sozialen Krieg (Klassenkampf) führe. Und dass sie bereits begriffen hätten, dass all das Geschreibe und die Flyer allein nichts nutzen würden, wenn man nicht auch selbst aufstehen und etwas unternehmen würde. Und dass sie aufgrund dieser Erkenntnis losgezogen seien, dahin wo die sozialen Konflikte sind, um ihre helfende Hand zu reichen. Und zwar genau dort wo sie gebraucht werden, dort wo eine alte Frau zwangsgeräumt werden soll, die weder Enkel*innen noch Kinder hat, die ihr helfen könnten, seien die Anarchist*innen zur Stelle um sie zu unterstützen. Und dasselbe würden sie auch anderen raten. Denn unser Leben funktioniere nicht nach Papieren. Egal was auf Papier festgehalten werde, Gesetze und Verfassungen, egal wie gut es sei, es werde nie genauso umgesetzt. Es sei sehr schwer nach diesem Papier zu leben, wir sollten nach unserem Gewissen, nach zwischenmenschlichen Gefühlen, nach Verständnis und gegenseitigem Verständnis leben und handeln. Wenn also eine alte Dame zwangsgeräumt werden soll spielt es keine Rolle, ob es gesetzlich vorgeschrieben sei, dass sie ein Recht auf Wohnraum habe. Wenn das Gesetz vorschreibt jedes Kind habe ein Recht auf einen KiTa-Platz, so wäre dies ebenfalls ohne Bedeutung. Sie bräuchten kein Gesetz dafür, sondern real existierende KiTa- Plätze und wenn das Gesetz dies nicht hergebe, sei es überflüssig.
Während der Demo nutzten die Teilnehmer*innen der verschiedenen Gruppen die Gelegenheit, sich selbst vorzustellen und andere Protestbewegungen kennenzulernen, des weiteren wurden gemeinsame Aktionsmöglichkeiten und Gemeinsamkeiten besprochen.

Anmerkung: Sämtliche Informationen zum Artikel stammen aus den veröffentlichten Berichten und Videos auf avtonom.org.

Weder Trauer noch Freude

Es ist Zeit, soziale Kämpfe autonom zu führen!

★ *Redaktionskollektiv EL LIBERTARIO*

Wenn eine Krankheit schwerwiegend wird, wenn die medizinische Versorgung zum Vehikel kurzsichtiger politisch motivierter Entscheidungen wird und wenn ein Patient berauscht von der eigenen Macht ist, kann es nur auf diese Weise enden. Der starke Mann ist gestorben und dadurch hat er eine bedeutende Verschiebung in der politischen Landschaft Venezuelas ausgelöst.

Die größte Stärke des Regimes hat sich plötzlich in seine wesentliche Schwäche verwandelt: Chávez war alles und ohne ihn besteht die einzige Lösung darin, absolute Hingabe an seine Erinnerung und seine Nachfolgepläne zu erzeugen. Jetzt zeigt sich die tatsächliche Fragilität einer Regierung, die versucht hatte, ihren „sozialistischen und an den Massen ausgerichteten" Charakter durch einen grotesken Personenkult unter Beweis zu stellen - eine Praxis, die sich jetzt auf eine leere Anrufung von Geistern reduziert hat. Dieses Ergebnis ist dem Verstorbenen selbst anzulasten, denn die Geheimniskrämerei um seine Erkrankung war von der gleichen Motivation angetrieben wie die extreme Zentralisation der Macht auf seine Person. Währenddessen hat der Mangel an ideologischer Kohärenz seine Anhänger*innen im Streit um das Erbe der Herrschaft zurückgelassen. Die Vorteile liegen klar bei den hochrangigen chavista-roten Bürokrat*innen und den höheren Rängen des Militärs, die dabei sind, Straflosigkeit für ihre verschiedenen Verfehlungen und Korruptionsfälle auszuhandeln.

In dieser neuen Situation sind die rechte und sozialdemokratische Opposition unfähig, ihre Verluste in den Präsidentschaftswahlen vom 7. Oktober und den Regionalwahlen vom 16. Oktober zu überwinden, da sie einen Yuppie-Populismus anbieten, der den Wähler*innen verspricht, dass sie die klientelistischen Instrumente der Regierungsmacht aufrechterhalten und feinabstimmen werden, die sich für Chávez als so nützlich erwiesen haben. Diese fügsame Opposition glaubt, dass eine zufällige Metastase sie in Reichweite der Macht gebracht hat, die ihre eigene Gier, Fehler, Faulheit und Inkompetenz bisher von ihr ferngehalten habe - Macht, die sie mit ähnlicher Dummheit und Gier ausüben werden, wie die chavistische Boli-Bourgeoisie.

All dieser kleinliche Opportunismus - sowohl von der Chavistischen Koalition *Gran Polo Patriótico* als auch von der oppositionellen *Mesa de Unidad Democrática* – spielt sich ab vor dem Hintergrund einer ernsten Krise des Landes: Außer Kontrolle geratene Inflation, zunehmende Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung, die Abwertung der Währung, schockierende persönliche Unsicherheit, Krisen in der Elektrizitäts- und Wasserversorgung, ein Bildungs- und Gesundheitssystem im Niedergang, Wohnungsknappheit, veraltete oder unvollständige öffentliche Bauten, eine demagogische Politik, die nur die extremsten Knappheiten, die von den am meisten verzweifelten Menschen erlitten werden, berücksichtigt ... eine Masse anderer Probleme, die gleichermaßen verheerend sind.

Diese Probleme sind nicht das Hauptanliegen der beiden Cliquen, die um den Miraflores (den Sitz des Präsidenten) und die Beute aus dem Ölgeschäft konkurrieren. Unsere kollektive Antwort darf nicht darin bestehen, ihren Erpressungen nachzugeben: Unterstützung an der Wahlurne im Tausch gegen „Lösungen", die entweder nie zustande kommen oder lächerlich unzureichend sind. Jetzt ist es an der Zeit, die verrotteten Machthaber*innen zu überwinden und von unten eine wirkliche Demokratie der Gleichheit, sozialen Gerechtigkeit und Freiheit aufzubauen. Wir müssen die weitverbreitete Empörung über die Situation, unter der wir leiden, entfesseln und sie in autonome soziale Kämpfe, selbstorganisiert und weitreichend, umwandeln. Wir müssen den Politiker*innen, die an der Macht sind, klar machen, dass wir sie nicht brauchen, weder als Vermittler*innen, noch als großzügige Spender*innen dessen, was wir selbst aufbauen können – vereint und von der Basis aus. Dafür brauchen wir weder „saubere Hände" noch „rote Barette".

ellibertario@nodo50.org - Twitter: *@pelibertario*
www.nodo50.org/ellibertario - *periodicoellibertario.blogspot.com*

"Wir sind keine Betrüger – wir sind Verfolgte"

Zu den Refugee-Protesten in Österreich

★ *Carlo L. Negro*

Fast ein Jahr lang gehen nun schon geflüchtete Menschen in verschiedenen Städten und Ländern der Welt auf die Straße, errichten Camps und öffentliche Kundgebungsorte und besetzen Gebäude und Plätze um auf ihre Situation aufmerksam zu machen, auf ihr Leben als Menschen zweiter Klasse.

Das dieses Problem nicht nur Refugees aus Deutschland betrifft zeigen die weiteren Proteste Geflüchteter, etwa in Australien, den Niederlanden und eben auch in Österreich. Die dortigen Proteste wurden zwar durch die gleichzeitig in Deutschland stattfindenden inspiriert, fielen aber nicht aus heiterem Himmel. Schon einige Monate zuvor sorgte der Fall der sogenannten „Sonderanstalt", der Saualm, im Bundesstaat Kärnten für einiges Aufsehen. Die weitab von jeglicher Zivilisation liegende Alm wurde durch miserabelste hygienische Zustände, Misshandlungen von Flüchtlingen und einer allgemeinen rassistischen Hetze seitens lokaler Politik und Bevölkerung überregional bekannt.

Auch in Österreich haben Geflüchtete mit den selben Zuständen zu kämpfen wie in Deutschland und in vielen anderen Ländern der EU. Beginnend mit der Lage Österreichs, als europäischer Binnenstaat, was für Refugees gemäß des Dublin II Abkommens bedeutet, meist illegal die Grenzen zu überqueren und im Anschluss nur mit großem Aufwand Identität und Reiseroute verschleiern zu können. Daneben gibt es ähnliche Gesetzgebungen, die in der Konsequenz monate- bis jahrelange Ungewissheit bei gleichzeitiger Unterbringung in Lagern bedeutet. Diese Lager sind oft mehrfach überbelegt und in einem hygienisch und strukturell miserablen Zustand. Im Zuge des Saualm-Skandals kamen auch verschiedene rassistische Praxen von Betreibern und Securitys der Unterkünfte, ebenso wie der staatlichen Sicherheitskräfte ans Tageslicht. Darüber hinaus herrscht in Österreich eine, mehr als latent rassistische Grundstimmung gegenüber Flüchtlingen.

Demonstration nach der Räumung des Protestcamps am 29. Dezember 2012

Innenansicht aus der Votizkirche

Plakataktion der Geflüchteten um Abschiebungen Gesichter zu geben

„Wir können so, wie die Lage im Moment in Traiskirchen ist, nicht weiterleben."

Die zentrale Erstaufnahmestelle für Geflüchtete befindet sich, neben einer weiteren Stelle, im niederösterreichischen Traiskirchen. Zu Beginn der Proteste war die Einrichtung mit ca. 1500 Personen etwa um das vierfache überbelegt. Als Anfang November verschiedene linksradikale und anarchistische Strukturen in Wien eine Demonstration, in Solidarität mit dem zeitgleich stattfindenenden Hungerstreik von Refugee-Aktivist*innen in Berlin vor dem Brandenburger Tor planten, nahmen die Bewohner*innen aus Traiskirchen Kontakt auf und machten klar, das sie ihrer Situation mehr als überdrüssig geworden sind und sie sich den Protesten anschließen möchten. Die Demonstration fand schließlich am 10. November statt. Knapp 250 Menschen zogen durch die Wiener Innenstadt, unter ihnen etwa 100 Insassen der Erstaufnahmestelle. Nach der Demonstration war schnell klar, das die Geflüchteten aus Traiskirchen den Protest fortsetzen wollen, mit ihren eigenen Forderungen, die sie kurz darauf in einem 16-Punkte-Papier formulierten. Die Forderungen beinhalteten allgemeine Veränderungen in der Asylgesetzgebung, dem Stopp von Abschiebungen, der Beschleunigung von Asylverfahren, aber auch ganz pragmatischen Punkten wie der Verbesserung der Lebensumstände in der Aufnahmestelle, oder dem Austausch der Dolmetscher*innen, von denen sich die Geflüchteten nicht angemessen unterstützt fühlten und die auch teilweise durch rassistische Motive falsch bzw. ungenügend übersetzten, was mitunter zu einer Ablehnung des Asylantrags führen kann.

Einige Tage später folgte mit einem Marsch von Traiskirchen nach Wien die erste gemeinsam organisierte Protestaktion der Refugees und ihrer Supporter*innen. Während die Insassen der Erstaufnahmestelle den etwa 35km langen Marsch zu Fuß bestritten, errichteten Supporter*innen im Sigmund-Freund-Park in Wien die Infrastruktur für ein Camp, um im Anschluss als Demonstration an der Wiener Stadtgrenze den Refugee-Marsch zu empfangen. Danach ging es zurück zum Camp, um dieses gemeinsam zu errichten und zu beziehen.

Das Camp war, ähnlich wie auf dem Berliner Oranienplatz, dann auch Ausgangspunkt für vielfältige Aktionen in den folgenden Wochen. Zahlreiche Demonstrationen etwa zum Sitz des europäischen Flüchtlingsrates, zum österreichischen Parlament oder dem Innenministerium, sowie Kundgebungen und dezentrale Aktionen in ganz Wien.

Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen

Die offizielle Politik reagierte zunächst mit Ignoranz und wollte die aufkommende Protestbewegung offensichtlich aussitzen. Keine Gespräche, keine offiziellen Statements seitens der regierenden Parteien, mit Ausnahme der FPÖ, der „freiheitlichen" Rechtspopulisten, die dieses Thema natürlich sofort für sich zu nutzen suchten, etwa mit einem angekündigten Besuch im Traiskirchener Aufnahmelager, um die „vollkommen überzogenen Darstellungen" des Lagers „richtig zu stellen". Ansonsten bauten die Oberen wohl auf abreissende Motivation und insbesondere den nahenden Winter, denkbar ungünstige Voraussetzungen für ein provisorisches Protestcamp.

Auch die Presse nahm das Thema zwar bereitwillig auf, die Berichterstattung zeigte jedoch ein Spiegelbild der rassistischen Grundeinstellung in Politik und Gesellschaft. Bis auf wenige Ausnahmen wurde ein Bild gezeichnet, das auch aus Deutschland bekannt ist: Flüchtlinge die nur aus Gier und nicht aufgrund realer Bedrohung nach Europa strömen, sowieso behandelt werden „wie die Könige" und sich dann noch erdreisten sich über ihre Lebensbedingungen zu beschweren. Die Supporter*innen wurden schnell zu linken Chaoten

9. Tag des Hungerstreiks in der Votivkirche

abgestempelt, die die Geflüchteten für ihre eigenen, vollkommen anderen, politischen Ziele zu instrumentalisieren versuchen.

Dennoch ließen sich die Geflüchteten und die Supporter*innen nicht davon abhalten, den gerade begonnen Kampf weiter zu führen. Den ganzen Dezember hindurch setzten sie den Protest mit vielfältigen Aktionen fort. Gleichzeitig nahm die Repression seitens der Sicherheitskräfte zu. Immer häufiger kam es zu Polizeikontrollen im und um das Camp, was einige Refugees schlussendlich dazu veranlasste am 18. Dezember in der angrenzenden Votivkirche Schutz zu suchen. Die Besetzung der Kirche brachte zunächst enorme, mediale Aufmerksamkeit und bewirkte die Gründung eines Runden Tisches mit Vertreter*innen der zuständigen Ministerien und der Caritas, die sich um die Versorgung der Geflüchteten in der Kirche kümmerte.

Die kurze Hoffnung auf spürbare Veränderungen wurde aber schnell enttäuscht. Die Regierungsvertreter*innen rangen sich erwartungsgemäß nur vage Versprechungen und einige winzige Zugeständnisse ab, meilenweit entfernt von den Forderungen der Refugees. Am Tag darauf traten als Reaktion einige der Aktivist*innen in der Votivkirche in einen unbefristeten Hungerstreik, um deutlich zu machen, wie elementar ihre Forderungen sind und wie entschlossen sie diese durchzusetzen gedenken.

Der Hungerstreik und die steigende Solidarität gegenüber des Kampfes zeigten der Regierung, das sich die Refugees und ihre Supporter*innen offensichtlich nicht durch Hinhaltetaktiken und Minusgrade abwimmeln ließen. Daraufhin folgte am 28. Dezember in einer Nacht- und Nebelaktion die gewaltsame Räumung des Camps im Sigmund-Freund-Park. In den frühen Morgenstunden umstellten knapp 200 Polizist*innen das Camp und forderten in einer, nur auf deutsch vorgetragenen Ansage, die Anwesenden auf innerhalb von 5 Minuten das Gelände zu räumen. Rechtliche Grundlage der Räumung war ein Verstoß gegen eine Campierverordnung aus dem Jahr 1985. Alle Anwesenden wurden fotografiert, während Bauarbeiter und Sicherheitskräfte begannen das Camp, sowie das gesamte Inventar auf Schutttransporter zu laden. Die Campbewohner*innen erhielten keinerlei Möglichkeit Infrastruktur oder persönliche Dinge zu sichern. Als Reaktion auf die Räumung demonstrierten am darauf folgenden Tag über 1000 Menschen gegen den Polizeieinsatz und in Solidarität mit dem Kampf der Geflüchteten. Weitere Solidaritätsdemonstrationen und Kundgebungen fanden in Berlin, München und Salzburg statt.

Der Beginn des neuen Jahres sollte zeigen, dass die Räumung des Camps eine Niederlage, aber nicht das Ende der gerade aufgekommenen Bewegung sein sollte. Wie bisher fanden vielfältige Aktionen statt und mehrere Personen des öffentlichen Lebens solidarisierten sich mit Erklärungen oder durch Besuche in der Votivkirche mit dem Anliegen der Geflüchteten.

Die Reaktion von staatlicher Seite erfolgte dann wiederum durch Repression. Am 12. Januar drangen Polizeikräfte in einen, von Studierenden genutzten Raum der Universität Wien ein, in dem sich auch einige Refugees aufhielten. Mit der Begründung den „rechtlichen Status" der Geflüchteten zu prüfen, wurden die Personalien aller Anwesenden festgestellt und schlussendlich 4 von ihnen in Abschiebehaft genommen. Gezielte Verhaftungen dieser Art fanden auch in den kommenden Wochen statt, in dem immer wieder Geflüchtete – insbesondere von der Staatsmacht ausgemachte „zentrale Figuren" des Protestes – verhaftet und in Abschiebehaft verbracht wurden. Auf jede dieser Verhaftungen folgten Solidaritätsdemonstrationen, Kundgebungen und weitere Aktionen, sowohl in Wien, als auch in anderen österreichischen Städten und darüber hinaus.

Eine neue Etappe des Protestes?

Am 08. März entschieden sich die Geflüchteten aus der Votivkirche in ein ehemaliges Servitenkloster umzuziehen. Vorausgegangen war ein Angebot des zuständigen Kardinals Schönborn und intensive Gespräche zwischen den Flüchtlingen, Unterstützer*innen und Vertretern der Erzdiözese. Der neue Standort bietet den Aktivist*innen in mehrfacher Hinsicht Vorteile. Zum einen wird das Kloster als offizielle Flüchtlingsunterkunft geführt, bei der alle Bewohner*innen gemeldet sind und somit einige Begründungen, die in den vorherigen Monaten zu den genannten Verhaftungen geführt haben, wegfallen. Darüber hinaus bietet das Gebäude eine richtige Infrastruktur, wie private Räume und darüber hinaus öffentliche Räumlichkeiten für Diskussionsrunden, Deutschkurse oder Kulturveranstaltungen. Von vornherein war die aktive Mit- und Selbstbestimmung ein zentraler Punkt. Die Geflüchteten werden, laut Presseerklärung, „bei der Gestaltung ihres Lebensraums selbst Verantwortung übernehmen, so ist geplant, dass die Flüchtlinge bei der Renovierung aktiv mitwirken, die Küche mitbetreiben etc."

Die Realität wirkt nach den ersten Tagen in der neuen Unterkunft leider ernüchternd. Die Caritas als Hauptverantwortliche, hat ihre eigenen Vorstellungen eines selbstverwalteten Flüchtlingsheims und pocht durch die Hausordnung und andere Bestimmungen auf Verhältnisse, die vielen Refugees nur allzu bekannt sein dürften. Reglementierte Besuchszeiten, Anwesenheitskontrollen und nur zögerliche Bereitschaft weitere Räume, die dringend notwendig wären bereit zu stellen, sorgten bereits für ersten Unmut, der sich am 13. März in einem Sitzstreik im Hof des Klosters entlud. Es bleibt abzuwarten ob dieser Schritt eine wirklich neue Etappe des Protestes bedeutet, oder schlussendlich nur einen weiteren Grund schafft ihn umso vehementer fortzusetzen.

Neuigkeiten, eine Zeitleiste, sowie vielfältige Hintergrundinfos zum Protest findet ihr unter:
www. refugeecampvienna.noblogs.org

Das Anarchistische Radio Berlin berichtet in seinem monatlichen, libertären Podcast ebenfalls über die Proteste in Österreich:
www.aradio.blogsport.de
www.fda-ifa.org | www.aradio.blogsport.de

Offener Brief an die Betriebsräte bei MAN, München

Quelle: http://werkerinfo.blogsport.de

Liebe Kolleginnen und Kollegen vom Betriebsrat der MAN und des MAN Standorts München,

wie Ihr mitbekommen habt, gibt es eine Gruppe an Mitarbeiter*innen, die keine Lust mehr auf die derzeitige Firmenpolitik haben und sich entschlossen haben, eine Betriebszeitung zu gründen.
Wir wenden uns mit diesem offenen Brief an Euch alle, an Euch all unsere Kolleginnen und Kollegen vom Betriebsrat. Dieser Brief ist Teil der Kampagne „So wie es ist, darf es nicht bleiben!“, mit dieser soll nochmals ausdrücklich klargemacht werden, dass die herrschenden Zustände in unserem Konzern bzw. Werk München zum Teil schon unerträglich geworden sind.
Gerade Ihr als Betriebsratsmitglieder müsst für unsere Interessen eintreten, deshalb wurdet ihr gewählt! Doch das sehen wir als Belegschaft kaum mehr gegeben. Egal wo man sich in der Produktion umhört, sind es mittlerweile fast alle in der Belegschaft, die sich über die jetzigen Verhältnisse und Eure Arbeit beschweren. Es kann einfach nicht sein, dass es in der Halle 4 nach dem Umbau bis heute keine Pausenplätze an den Bändern gibt! Ebenso ist es uns schleierhaft, wie ein Betriebsrat das Verhören von Personal, das krank geschrieben war, zulassen kann. Das sind nur zwei Beispiele dafür, wie gravierend mittlerweile die Zustände sind. Das hat mit Arbeitnehmervertretung einfach nichts mehr zu tun! Der Fortschritt, der einst erkämpft wurde, wird jetzt einvernehmlich einfach hergegeben. Auch die Vetternwirtschaft, die nicht nur, aber vor allem mit erschütterndem Ausmaß unser Gesamtbetriebsratsvorsitzender betreibt, ist nicht hinnehmbar!
Uns ist es wichtig, die Probleme anzusprechen und sie auch (versuchen) zu verbessern. Wir haben keine Lust mehr, Mitarbeiter*innen zweiter oder sogar dritter Klasse zu sein! Für uns sind die Dinge nicht einfach nur so wie sie sind, weil es halt so ist. Hinter allem steckt mindestens ein Kopf, der sich das ausgedacht hat. Und hinter jeder größeren Veränderung steht auch der Betriebsrat mit dabei. Doch Ihr lasst einfach viel zu viel durchgehen, obwohl die Belegschaft auf einiges keine Lust hat. Dabei seit Ihr unsere Vertretung, Ihr müsst unsere Interessen durchsetzten, dafür wurdet Ihr gewählt! Wir wissen, dass nur ein gut laufendes Unternehmen Arbeitsplätze langfristig erhalten oder sogar schaffen kann. Aber wenn das Menschliche nichts mehr zählt, dann wird eine Grenze überschritten, die wir nicht mehr hinnehmen wollen und können! Diese Grenze wurde überschritten und das in vielen Bereichen mehrmals.
Wie muss es also weitergehen? Wir wissen, dass es auch noch Vernünftige unter Euch gibt. Und gerade diese Vernünftigen müssen jetzt das Wort ergreifen und eine inhaltliche sowie grundsätzliche Diskussion über die Betriebsratsarbeit beginnen! Wir können das auf dieser Ebene nicht übernehmen, aber wir führen diese auf der Ebene der Basis, also den vielen Mitarbeiter*innen in der Produktion. Wir sind Menschen und haben den Drang nach Freiheit. Wir wollen uns nicht den ganzen Tag kaputt arbeiten! Wir arbeiten um das nötige Geld zum Leben zu verdienen, sehen aber, wie die Milliarden Gewinne an uns vorbei gehen. Mit diesem Geld könnten aber mehr Mitarbeiter*innen eingestellt werden und die Arbeitszeiten und der Stress reduziert werden, bei gleichbleibendem Gehalt! Macht auch etwas, bevor VW den Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrag zu unserem Nachteil entscheidet!
Die Reaktionen der Kolleginnen und Kollegen sind klar, es muss sich was verändern, denn so wie es ist, darf es nicht bleiben!

Werkerinfo, im Namen der Mitarbeiter*innen der MAN und vor allem des MAN-Werks München.

Anzeigen

Nachruf: Dieter Poschen

RIP 12. März 2013 in Faro (Portugal)

★ *contraste-redaktion*

Liebe FreundInnen und UnterstützerInnen von CONTRASTE,

wir müssen Euch leider die traurige Mitteilung machen, dass Dieter Poschen am 12. März im Krankenhaus in Faro (Portugal) gestorben ist. Er war unser Layouter und Koordinator, aber vor allem war er das Herz von CONTRASTE – derjenige, der fast 30 Jahre lang das Projekt zusammen gehalten hat.

Sein Tod ist für viele von uns ein schmerzlicher persönlicher Verlust. Er war der einzige in der Contraste-Redaktion, der von Anfang an seit 1984 dabei war. Mit ihm haben wir viel Wissen über Geschichte und Gegenwart unserer Zeitung verloren. Dieter hat Contraste in einem Maße getragen, wie wir es von niemand anderem erwarten können. Wir wissen noch nicht, wie es weitergehen kann, möchten aber auf jeden Fall das Projekt Contraste fortführen.

Dafür werden wir noch mehr als bisher auf Eure Unterstützung angewiesen sein. Wir bitten Euch um Geduld, wenn die Zeitung nicht wie gewohnt pünktlich erscheint oder wenn wir es nicht schaffen, Anfragen oder Artikelangebote zeitnah zu bearbeiten. Wir müssen uns neu sortieren und tun, was wir können, um Contraste am Leben zu erhalten.
Unsere chronische Finanzierungslücke wird durch die neue Situation größer werden, so dass wir Euch bitten, uns in dieser schweren Zeit mit Abonnements, Fördermitgliedschaften im Contraste e.V. und Spenden zu unterstützen.

Herzlichen Dank für Euer Verständnis und Eure Solidarität!

Die Redaktion der CONTRASTE – Monatszeitung für Selbstorganisation

www.contraste.org

Spendenkonto Nr.: 51512405,BLZ 50890000, Volksbank Darmstadt eG (Stichwort: “Weitermachen”). Ab 200,00 Euro bekommt Ihr eine Spendenquittung, bei kleineren Beträgen reicht der Nachweis der Überweisung fürs Finanzamt.

Call for Papers – Anarchismus-Upgrading

★ *edition assemblage*

Liebe Anarchist*innen und andere Menschen, die mit libertären Ideen sympathisieren,

wir würden uns freuen, wenn wir einige Debatten innerhalb des Anarchismus anstoßen, wieder aufleben lassen und nach vorne bringen könnten. Darum planen wir kleine Bücher (ca. 120.000 Zeichen) oder einen Sammelband mit vielfältigen Meinungen, Stellungnahmen usw. zu verschiedenen Themen. Es geht uns nicht um das Label Anarchismus. Alle Menschen und Gruppen, die sich als emanzipatorisch, libertär und/oder antiautoritär verstehen, sind eingeladen mitzudiskutieren.

Themenvorschläge:
- Anarchismus und Antirassismus
- Anarchismus und (Queer-)Feminismus
- Anarchismus und Intersektionalität
- Anarchismus und Ökonomie/Antikapitalismus
- Bündnispolitik – mit wem und warum (nicht)?
- Muss Anarchismus massentauglich sein? Warum (nicht)? Wenn ja, wie lässt sich das erreichen?

Auch Themen, die hier noch nicht erwähnt werden, können gerne eingebracht werden!

Mögliche Ansätze:
- Praxisbezogene Herangehensweisen (z.B. Erfahrungsberichte, reflektierende Texte, ...)
- Theoretische Herangehensweisen (z.B. Analysen, Einbindung neuer Konzepte)

Wir stellen uns ähnliche Konzepte vor, wie wir sie mit „Occupy Anarchy“ (Sammelband zur US-amerikanischen Occupy-Bewegung, 2012) und „Triple A – Anarchismus, Aktivismus, Allianzen. Kleine Streitschrift für ein Upgrading“ (erscheint in Kürze) bereits in unserem Programm haben. Aber auch ganz neue Ideen sind herzlich willkommen.

Meldet euch mit Konzepten und Ideen – was wir bis zum 15. April bekommen, können wir wahrscheinlich noch im Herbstprogramm einplanen. Natürlich sind wir auch noch später/dauerhaft an spannenden Beiträgen interessiert, doch die können wir dann erst im nächsten Frühjahrsprogramm berücksichtigen.

Ihr erreicht uns *unter: info@edition-assemblage.de*

Anzeige

PINNWAND

Nachrichten in aller Kürze

Hamburg: Am 14.03.13 wurde, in Hamburg, von mehreren Einzelpersonen die IAFN gegründet, Ziel der Initiative ist die organisation bzw. der Aufbau anarchistischer Strukturen im norden des deutschsprachigen Raums.
mehr Infos: iafn.noblogs.org

Dresden: In Dresden hat sich Ende Februar eine "Interessengemeinschaft Freiraum" gegründet. Die IG besteht aus über 30 Gruppen, Initiativen und Projekten, darunter auch anarchistische. Mit dem Bündnis soll u.a. der potentielle Wegfall von über 10 alternativen und linken Projekten, sowie mehreren Grünflächen verhindert werden. Als erste Aktion fand am 23. März eine 14 Kilometer lange Fahrraddemo zu allen bedrohten Projekten mit XXX Teilnehmenden statt.

Berlin: Am 22.03.13 erschien bereits zum 6. mal das "Dokument A," eine jährlich Dokumentation, die die Geschehnisse im anarchistischen Spektrum in Berlin beleuchtet.
iafn.noblogs.org

Köln: Die monatliche Infokneipe „Der Schwarze Tresen" in der Nantoka-Bar des AZ-Köln-Kalk widmete sich im März ganz dem DIY-(Do It Yourself)-Gedanken. Unter Unter anderem wurde per Siebdruck Sachen verschönert und die Button-Maschine ausprobiert.

Düsseldorf: Am 13.03.13 fand im Rahmen des Schwarz-Roten-Tresens der FAU-D ein gut besuchter Vortrag zur "Vergessenen Revolution" von 1920 statt. Der Vortrag war gleichzeitig eine Werbeveranstaltung für die "Proletarische Radtour" am 30.03.13, die auf den Spuren der Märzrevolution von Duisburg nach Wesel geht.

Ortenau: Mitte März trat die "Initiative zur Gründung einer anarchistische Gruppe in Ortenau" an die Öffentlichkeit. Sie möchte die Lücke füllen die mit dem stillen Ableben der AG-Ortenau im März 2011 entstanden ist.

Tübingen: Das anarchistische Netzwerk Tübingen lud am 08.03.13 zur Veranstaltung "Freiheit und Gerechtigkeit. – Die Geschichte der Ukraine aus libertärer Sicht ein" Roman Danyluk von der FAU München stellte sein Buch vor und stand nach dem Vortrag noch für eine Diskussion zur Verfügung.

Karlsruhe: Am 8.3.2013 machte die Refugee's Revolution Bus Tour Halt in Karlsruhe. Die Flüchtlinge protestierten gegen die menschenunwürdigen Bedingungen für Asylsuchende. Bei einer Versammlung vor der Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge, ging die Polizei brutal mit Teleskopschlagstöcken und Hunden gegen die Teilnehmer*innen vor. Es gab mehrere Verletzte, u.a. wurde der örtl. VVN/BdA Kreisvorstand bewusstlos geschlagen, drei Menschen wurden festgenommen. Am nächsten Tag demonstrierten 100 Menschen in der Karlsruher Innenstadt gegen Polizeigewalt. Im Verlauf der Tour kam es auch in Köln und Neumünster zu massiven Übergrifffen durch die Polizei.
Infos: refugeesrevolution.blogspott.de

Überlegungen zur Unmöglichkeit der Revolution im Theater

★ *Good Paulman*

Die folgenden Überlegungen entstanden während einer kurzen Mitarbeit in einem kleinen Laientheater. Die Überlegungen sind als Vorschlag, als Inspiration und Arbeitsthesen gedacht und sind daher nichts endgültiges. Sie werden diskutiert, überdacht, hoffentlich noch ergänzt oder ggf. verworfen. So quälen sie sich mit dem traditionellen Theater ab und reflektieren nicht die Potentiale des „Theaters der Unterdrückten" nach Augusto Boal. Wir hoffen aber, dass sie Impulse für interessierte Menschen geben und zum Ideenaustausch oder gar Zusammenarbeit führen.

1. Im folgenden werden Annäherungen an die eventuelle Aufgabe, mit den Mitteln des Theaters im Theater, d.h. auf der Bühne, ein revolutionäres Ereignis darzustellen, vorgestellt. Trotz dem, dass die Aufgabe vorerst nur gedanklich gelöst werden soll, werde ich versuchen, so weit wie möglich konkret zu werden.

2. Eine wichtige Frage: Warum ausgerechnet ein „revolutionäres Ereignis", lasse ich beiseite. Die Gründe dafür sind gewichtig, jedoch ist es nicht der Ort, auf sie einzugehen. Es geht vielmehr um die Frage: Wie?

3. Nehmen wir an, das Theater wäre ein Ort der Kultur-, vielmehr der Ideologieproduktion: ein Ort der Täuschung und der Illusion. Das ist seine ganze Funktionsweise: die passiven Zuschauer*innen einer erzählten / gespielten Geschichte auszusetzen, die mit ihnen meistens nur indirekt was zu tun hat. Verlieren sich die Zuschauer*innen während der Darstellung darin, werden zum Mitfühlen und Nachdenken angeregt, ist die Aufgabe des Theaters erfüllt. Mag die Wirkung bei besonders „gut" erfüllten Aufgaben andauern, der Bann der Illusion bricht jedoch noch vor dem Verlassen des Zuschauerraumes ab. Bereits das Klatschen befreit die Zuschauer*innen von dieser Versetzung in eine fremde Geschichte: Es ist vorbei, eine Erleichterung.

4. Analog zum Verhältnis Bild / Bildrahmen (das Namedropping ist zwar Scheiße, aber siehe dazu z.B. Essays zur Ästhetik von Georg Simmel), wo der Bildrahmen zwar noch zum Bild gehört, jedoch die Grenze zur Umwelt andeutet: hier hört das womöglich Unbequeme des Bildes auf, die Umwelt darf beruhigt sein. Dies ist die Funktionsweise aller Kunst der bürgerlichen Gesellschaft, einer museumstauglichen, eingesperrten Kunst. Das Theater macht da keine Ausnahme. Was ist der Rahmen des theatralischen Geschehens, der Täuschung? Es ist offensichtlich das Gebäude, das einladende Foyer, und gemäß dem Sprichwort, das Theater würde bereits an der Garderobe anfangen, die Garderobe.

5. Nun, die Aufgabe, im Theater ein revolutionäres Ereignis darzustellen, wird aufgrund der Mittel immer ambivalent, zweischneidig bleiben. Der Widerspruch ergibt sich aus der grundsätzlichen Unmöglichkeit, den revolutionären Akt der Befreiung, der Aufhebung aller Täuschungen und Entfremdungen mit den konventionellen Mitteln der theatralischen Illusion zu versöhnen.

6. Geben wir jedoch diesen Widerspruch nicht auf, sondern denken ihn zu Ende. Die revolutionären Appelle an den „gesunden" Verstand versagen meist: entweder an der ideologischen Vorgeprägtheit der passiven Mehrheit, oder an der sprachlichen Unzulänglichkeit der unruhigen Minderheit. Hier: das absichtliche und hartnäckige Nichtverstehen der emanzipatorischen Theorie einerseits und andererseits die Unmöglichkeit und der Unwille, die Theorie soweit übers Knie zu brechen, dass sie schließlich nicht mehr emanzipatorisch ist. Wir versprechen uns, dass die ästhetischen Mittel unter den Panzer des „gesunden" Verstandes eindringen können.
Die Einwände in diesem Fall sind jedoch: Appelle an das Archetypische, an die „ewigen" Fragen des menschlichen Daseins (siehe z.B. Nietzsches „Die Geburt der Tragödie aus dem Geiste der Musik") verlieren leicht den Bezug zur konkreten Realität der Angesprochenen. Vielmehr, sie sind längst vom Bildungsbürgertum ideologisch vorgekaut und unschädlich gemacht; sie werden vielmehr dazu benutzt zu suggerieren, die „ewigen" Fragen des Verlorenseins, Blindseins, Einsam- und Unglücklichseins, Ausgeliefertseins seien tatsächlich ewig, sprich: unlösbar.

7. Die Menschen machen bekanntlich ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. (nach K. Marx) Und weil nicht nur die Tradition aller toten Geschlechter als Alptraum auf unserem Gehirne lasten (ebenfalls nach K. Marx), sondern auch die Zukunft der Lebenden immer alptraumähnlichere Züge annimmt, stellen wir fest (das müssen wir), dass wir zwar die überlieferten ästhetischen Mittel benutzen, aber sie dabei aufbrechen, aus ihnen gewissermaßen ausbrechen müssen. In der Hoffnung, dass dieser Vorgang auch seine Rezeption verändert. Das ist das Spiel mit der bereits angedeuteten Ambivalenz der dieser Gesellschaft entliehenen ästhetischen Mittel.

8. Wieder zur am Anfang formulierten Aufgabe: ein dargestelltes revolutionäres Ereignis, das das Theaterpublikum mitreißt. Was wäre solch ein Ereignis im Konkreten? Alle obigen Ausführungen beachtend kann es wohl keine Darstellung von Schlachten und Stadtbelagerungen sein, keine geschichtlichen Ereignisse, die dem ideologisch

vorgeprägten Publikum als „fremd“ und somit nur als nur eine erzählte Geschichte erscheinen. Selbst technisch und inhaltlich gelungene Inszenierungen der Pariser Kommune, des Spanischen Bürgerkrieges oder des Kronstadter Aufstands können somit der Aufgabe nicht gerecht werden. Auch wenn‘s fürs „deutsche Publikum“ die bayerische Räterepublik und die Rote Ruhr Armee wären. Obwohl Erinnerungen und Verweise auf sie vielleicht gar nicht unnütz wären.

9. Angesichts der aktuellen Situation in Europa und in der Welt (und der totalen Arbeitswelt) muss es der Streik sein, der Generalstreik vielmehr. Im postnazistischen versozialdemokratisierten Deutschland auch eine unwahrscheinliche Sache, wird er aber in der Krise von etwas anständigeren EuropäerInnen immer wieder ausprobiert. Vielleicht rüttelt die Krise auch die „deutsche“ Arbeiterschaft und macht aus den Tarifstreiks - politische Streiks, aus den politischen – Generalstreiks, aus dem Generalstreik eines Tages „endless human strike“ (the imaginery commitee).

10. Der mögliche, bzw. sehr wahrscheinliche Schwachpunkt hier: die Zusammensetzung des Theaterpublikums. Verdinglichen muss sich allerdings auch das Bildungsbürgertum, Dienstleistungen und Ideologieproduktion erfolgen auch als Lohnarbeit. So wichtig wäre die Anerkennung dieser Tatsache für einen wirklichen Generalstreik. Die Vermutung, dass das Theater einfach kulturell-ideologisch nicht die für „die Sache“ so sehr relevanten Bevölkerungsgruppen bedient, ist nicht von der Hand zu weisen.

11. Nun, wie sieht ein Generalstreik auf der Bühne, und zwar unter allen von uns ausgemachten Bedingungen, aus? Am besten wie eine möglichst unillusorische Illusion: als BühnenarbeiterInnen, Akteure und andere Beschäftigte (o ja, das Theater ist meistens auch ein Betrieb mit Lohnarbeit), die bei den Vorbereitungen zu einem Stück sich über Nachrichten über eine Streikwelle unterhalten.
Konkrete Bezüge lassen sich in den Nachrichten immer finden. Lassen wir sie drüber streiten, wie die Ereignisse zu bewerten sind. Gerne mit dem Publikum. Es ließe sich auch eine Interessenspaltung zwischen BühnenarbeiterInnen, Akteuren und z.B. dem Intendanten ausmachen. Die Dialoge wären mit einer Unmenge an Details, Beispielen (die Lohnarbeit im allgemeinen, steigende Kosten auf praktisch alles, die Enttäuschung von der konventionellen Politik – das alles ist sehr real und präsent), Vorurteilen und Argumenten für und gegen den Streik zu füllen.
Die Arbeit stockt bereits jetzt schon. Der Intendant, nzw. die verantwortliche Person drängt immer harscher. Der Konflikt platzt heraus, die „werktätige“ Belegschaft beschließt, die Arbeit niederzulegen und sich mit der Streikwelle solidarisch zu erklären. Wie eine Auseinandersetzung mit dem Intendanten aussehen kann – ist es eine Rangelei, sperren sie ihn ein, droht er die Polizei zu rufen, alle zu kündigen? - wäre noch zu überlegen.

12. Eine weitere Möglichkeit wäre, das Unsichtbare Theater Augusto Boals reinzubringen: Mensch kündigt einen Workshop zu Boals Ideen an, holt aber die erschienenen engagierten Studentengesichter und sonstige Wutbürger*innen nicht ab. Stattdessen setzen sich „verärgerte“ Techniker*innen und Angestellte dazu und verwickeln das Publikum in Gespräche über schlechte Arbeitsbedingungen, mickrige Löhne ect. Das Publikum wird angehalten, sich für einen Streik zu organisieren bzw. beim Streik mitzumachen.

13. Zugegeben, mein Gedankenspiel geht nicht ganz auf: Vom Publikum wird es höchstwahrscheinlich trotzdem noch als Spiel, das es nicht direkt trifft, wahrgenommen. Nehmen wir dafür dem Publikum das erlösende Ende einer Theatervorstellung:
Die Streikenden verlassen den Raum, Licht aus. Das war`s. Auch im Foyer, wo das verunsicherte Publikum dann früher oder später auftaucht, ist niemand. Das angepisste Publikum wird sich entweder am Buffet vergnügen und die ersten Formen der Selbstorganisation ausprobieren (nicht sehr wahrscheinlich) oder sich verpissen.

14. Die beste Darstellung eines Streiks im Theater ist das streikende Theater, und zwar als ganzer Mechanismus, als ganzer Betrieb, als Bild mit Rahmen. Sowie das Graffiti immer noch eine Wandmalerei ist, zwar eine ausufernde und Grenzen überschreitende, ist eine Theaterinszenierung immer noch eine DARSTELLUNG. Das ist die hier bereits mehrmals betonte Widersprüchlichkeit des Ausdrucksmittels. Love it or leave it.

15. Eine geringe Chance, diese Widersprüchlichkeit wenigstens dem Anschein nach zu durchbrechen besteht wohl in der einmaligen Aufführung. Wer weiß, vielleicht nimmt das dann jemand wirklich für wahr?
Das ist aber noch eine Sache, über die man sich noch klar werden müsste.

16. Zum Abschluss ein Zitat aus dem Nachwort zur ersten Auflage von „Staat und Revolution“ von W. I. Lenin:

„Die vorliegende Schrift wurde im August und September 1917 niedergeschrieben. Ich hatte bereits den Plan des nächsten, des siebenten Kapitels, „Die Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917“, fertig. Aber außer der Überschrift habe ich keine Zeile dieses Kapitels schreiben können: Die politische Krise, der Vorabend der Oktoberrevolution von 1917, „verhinderte“ es. Über eine solche „Verhinderung“ kann man sich nur freuen.
Allerdings wird der zweite Teil dieser Schrift (der den „Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917“ gewidmet sein soll) wohl auf lange Zeit zurückgestellt werden müssen; es ist angenehmer und nützlicher, die „Erfahrungen der Revolution“ durchzumachen, als über sie zu schreiben.
Petrograd, den 30. November 1917, Der Verfasser.“

Kleiner Scherz, aber auch nicht ganz.

Von Mensch, Natur und Anderen Absonderheiten

★ B.Sc. Filtz – Düsseldorf

Wer kennt sie nicht? Die leidigen Diskussionen, die sich über Stunden ziehen, nur um dann schlussendlich wieder zu hören: Eure Ideen sind ja ganz schön, aber es steckt leider in der Natur des Menschen, dass dieser immer mehr will, der Stärkere sich durchsetzt, und so weiter, und so fort.

Auf einmal ist es wieder da, das Raubtier, dass seinen Nächsten schlachtet. Plündernd und mordend durch die Gegend zieht, wenn es nicht vom großen Leviathan, dem starken Staat im Zaum gehalten wird. Vom Abbild Gottes, der Krone der Schöpfung oder wie sich die Menschheit sonst noch in absoluter narzisstischer Selbstgefälligkeit gerne betitelt, ist jetzt nichts mehr zu hören. Der Mensch stutzt sich die Natur zurecht, wie er sie gerade braucht. Und das nicht „nur" indem er Wälder abholzt, Flüsse verseucht und Landschaften zubetoniert. Sie musste auch immer wieder für alles Schlechte, das Böse, den Gegensatz zum Göttlichen, das Tier im Menschen herhalten. Zumindest in der westlichen Hemisphäre. Heute dient sie als Erklärung und Legitimation für Verhaltensmuster und gesellschaftliche Konstruktionen, welche als „naturgegeben" praktisch für unantastbar erklärt werden.

Dabei sind die Prozesse in unserem Gehirn viel zu komplex, als dass wir unser Verhalten auf ein paar Gene und vermeintliche Instinkte herunter brechen können. Wie viel von unserem Verhalten in die Wiege gelegt oder erlernt wird und wie viel freier Willen darin steckt wird wohl nie restlos aufgeklärt werden können. Außerdem ist das Attribut „natürlich" ein zu abstrakter Begriff, da er zu stark von der subjektiven Wahrnehmung des Menschen geprägt ist, als dass er durch „objektive" Kriterien bestimmt werden könnte. Überhaupt können wir davon ausgehen, dass alles, was existent ist, auch „natürlich" ist. Paradoxerweise verrät unser Blick auf die Natur hauptsächlich etwas über uns selbst. Ist es doch so, dass unser Bild von der Natur wesentlich durch unsere Sozialisation geprägt wird.

Ein Dilemma für die Wissenschaft: Der vermeintlich objektive Anspruch muss immer mehr oder weniger menschlicher Subjektivität weichen. Wir können zwar versuchen nachzuvollziehen, in welchen Farbtönen, in welcher Sättigung, welchen Kontrasten und UV-Mustern Bienen eine Blüte wahrnehmen, werden sie aber nie durch die Augen einer Biene sehen. Problematischer ist dabei allerdings, dass das, was wir in der Natur zu beobachten glauben und zu erklären versuchen, in erheblicher Form von unseren eigenen Wertvorstellungen und gesellschaftlichen Normen beeinflusst wird.

Eines der augenscheinlichsten Beispiele hierfür ist der Umgang der Wissenschaft mit Homosexualität im Tierreich. Getreu dem Motto: Was nicht sein darf, kann nicht sein, ignorierten Wissenschaftler*innen homosexuelles Verhalten unter Tieren über die Jahrhunderte hinweg. Und das, obwohl Aristoteles bereits 400 vor Chr. sexuelle Handlungen unter Hyänenmännchen beschrieb. Als sich Beobachtungen von Homosexualität über Arten hinweg mehrten und diese nicht mehr als Randphänomene abgetan werden konnten, mussten neue Erklärungen her, welche in das heteronormative Weltbild der Forscher*innen passten. Unter der christlichen Doktrin, dass jeder sexuelle Kontakt der Fortpflanzung zu dienen habe (und mit völliger Ausblendung menschlichen Verhaltens) wurde jede homosexuelle Regung in der Tierwelt so zurechtgebogen, dass sie in ein entsprechendes Schema passt. Dumm nur, dass die aufgestellten Hypothesen einer ernsthaften Überprüfung nur in den seltensten Fällen standhielten. So wurde für eine Antilopenart, bei der die weiblichen Tiere zum Großteil untereinander verkehren, die Hypothese aufgestellt, dies käme durch den Mangel an männlichen potentiellen Partnern zustande. Was allerdings nicht der Fall war. Auch dass junge Weibchen mit Tieren gleichen Geschlechts erst einmal Erfahrungen sammeln, um sich dann später ganz den Böcken hingeben zu können, ließ sich einfach widerlegen, da auch ältere Weibchen untereinander Sex haben. Am meisten entlarvend dürfte wohl die Interpretation von einigen Forscher*innen sein, welche in dem lesbischen Verhalten der Antilopen den Versuch sahen, ihre männlichen Artgenossen anzutörnen. Der kanadische Zoologe Valerius Geist gab, bezogen auf homosexuelle Widder, ganz offen zu ‚vom Gedanken überfordert zu sein, dass „solche wunderbaren Geschöpfe schwul sind".

Auch in (von den meisten Menschen unhinterfragten) „Wahrheiten" steckt mehr Suggestion als einem lieb sein dürfte. Als Kind lernst du in der Schule, dass jeder Mensch (mit Einschränkung auch jedes Tier) als Männlein oder Weiblein auf die Welt kommt. Damit verknüpft sind bestimmte gesellschaftliche Konventionen, welche dem jeweiligen Geschlecht anhaften, beruhend auf vermeintlich naturgegebene Eigenschaften. Dabei wurde noch nicht einmal wirklich verstanden, wie es zur Ausbildung eines bestimmten Geschlechtstypus kommt. In der Regel sind die Informationen, welche zur Ausprägung bestimmter Merkmale führen, nicht bloß im Erbgut codiert, sondern sie entstehen durch eine Interaktion der DNA mit der Zelle und ihrer Umwelt. Das Vorhandensein eines Y- Chromosoms oder der darauf befindlichen sex determing region (Sry) führt nicht unweigerlich zur Ausbildung eines männlichen Geschlechts. Beispielsweise ist Dax1 ein determinierender Faktor für die Eierstockentwicklung und sorgt in duplizierter Form auch bei Anwesenheit von Sry für die Ausbildung von Eierstöcken. Ebenso ist er allerdings für die Entwicklung befruchtungsfähiger Spermien von Bedeutung. Wir können davon

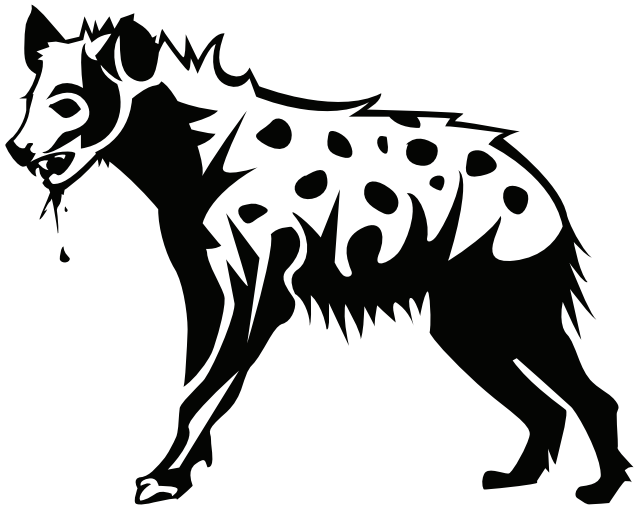
ausgehen, dass auf die Ausbildung komplexer Geschlechtsmerkmale zahlreiche Gene und Genprodukte Einfluss nehmen. Was nicht sehr überraschend sein dürfte, wenn wir uns vor Augen halten, dass allein für die Bildung der Genitalfurche während der Embryonalentwicklung tausende Gene exprimiert werden müssen. Hinzu kommt, dass eine DNA-Sequenz unterschiedliche Genprodukte bilden kann.

Diese können sich in der Länge ihrer Aminosäureketten oder im Faltungszustand des Proteins unterscheiden oder aber durch Anlagerung bestimmter chemischer Gruppen modifiziert werden. Auch steht dem nichtcodierenden Teil der DNA scheinbar eine wesentlich größere Gewichtung bei der Merkmalsausprägung zu als lange Zeit angenommen. Dieser wirkt sich vielfach regulierend auf
die Genexpression aus, was die ganze Sache nicht gerade vereinfacht. Doch auch derart komplexe Zusammenhänge scheinen der Suche nach dem heiligen Gral der Geschlechtsbestimmung keinen Abriss zu tun. Nach Keimdrüse, Y-Chromosom und Sry wird immer noch nach der EINEN Ursache gefahndet, die die Ausbildung unseres Geschlechts determiniert. Der Biologe Heinz-Jürgen Voß beschreibt die Ausbildung geschlechtlicher Merkmale als einen Prozess unter Einfluss individueller Faktoren ohne vorbestimmtes Ergebnis. Um dieser Vielfalt gerecht zu werden bedarf es mehr als ein Schwarz/Weiß-Schema, welches versucht in Kategorien wie Frau oder Mann zu denken und alles, was nicht hinein passt, pathologisiert. Statistisch gesehen wird mindestens 1 Kind unter 1000 mittels einer Zwangsoperation der sexuellen Norm angeglichen. So schafft sich der Mensch wiedereinmal seine eigene Realität.
Getreu dem Motto: Was nicht passt, wird passend gemacht.

Überhaupt tut mensch sich schwer damit, alte Erklärungsmuster über Bord zu werfen. Gerade auch, wenn diese sich gesellschaftlich „bewährt“ haben. Das Patriarchat hat seine Ursprünge „natürlich“ ebenfalls ganz tief in der „Natur des Menschen“ und so wähnt sich das „starke Geschlecht“ in einer Reihe mit brünstigen Hirschen und prügelnden Schimpansen. So war es für männliche Wissenschaftler lange Zeit kaum vorstellbar, dass sich Sozialstrukturen unter in Gruppen lebenden Organismen auch nach anderen Kriterien organisieren können, als ausschließlich nach Aggression und physischer Stärke. Die Biologen Heribert Hofer und Marion
East erforschen afrikanische Tüpfelhyänen und machten dabei interessante Entdeckungen bezüglich deren Verhaltens- und Sozialstruktur. Tüpfelhyänen leben in großen Gruppenzusammenhängen, bei denen einige um die hundert Tiere umfassen können. Dabei ist allseits bekannt, dass die Clanhierachie weiblich dominiert wird. Lange Zeit gingen (überwiegend männliche Wissenschaftler) davon aus, die matriarchale Gesellschaftsstruktur beruhe auf einer körperlichen Überlegenheit der Weibchen.

Doch weibliche Hyänen sind im Schnitt, weder größer noch schwerer als ihre männlichen Artgenossen. Auch haben erwachsene Tiere keine erhöhten Testosteronwerte, was die These von der Aggressivität und Vermännlichung weiblicher Tüpfelhyänen widerlegt. Tatsächlich kommen Hyänenjunge mit einem erhöhten Testosteronspiegel, offenen Augen und einem gut entwickelten Gebiss zur Welt. Nur so können sie sich beim Kampf um die Muttermilch gegen ihre Geschwister durchsetzen, allerdings nimmt der Testosteronspiegel mit den Jahren wieder ab und sinkt auf ein „normales“ Niveau. Es ist jedoch davon auszugehen, dass dies die Ursache für die verlängerte Klitoris der Tiere ist, welche vom männlichen Geschlechtsapparat nur schwer zu unterscheiden ist. Dieses markante Sexualorgan macht es für die Männchen sehr schwer in die Weibchen, ohne deren Zustimmung, einzudringen. Zwar gibt es immer wieder männliche Hyänen die durch aggressives Verhalten eine Paarung erzwingen, allerdings ist deren Fortpflanzungserfolg wesentlich geringer als der von Männchen, die einfach „freundlich“ sind. Dies liegt vor allem in der sozialen Strukturierung des Hyänenclans. Selbst das rangniedrigste Weibchen steht immer noch über dem ranghöchsten Männchen. Die weiblichen Tiere verteidigen sich gemeinsam gegen Angriffe vom anderen Geschlecht und entscheiden wie nah sich ein Männchen dem Bau nähern darf. Aggressive männliche Tiere lassen sich in der Regel an ihrem vernarbten Hinterteil erkennen. Dies ist die empfindlichste Stelle von Hyänen und wenn ein Männchen über die Stränge schlägt muss es damit rechnen von einem Mob von Weibchen verprügelt und in den Arsch gebissen zu werden. Die Theorie der „freiwilligen Unterwerfung“ und ihre Auswirkungen auf den Fortpflanzungserfolg wurde jetzt durch Verwandschaftsanalysen bestärkt. Interessant ist hierbei, dass es sich vor allem um eine soziale Komponente handelt, welche die Gesellschaftsstruktur von Hyänen bestimmt, und nicht um einen genetisch determinierten Sexualdimorphismus.

So können wir in nahezu allen wissenschaftlichen Bereichen feststellen, wie gesellschaftliche Konventionen und politische Prägung jeglichen Interpretationen von dem, was wir auf dieser Erde vorfinden, ihren subjektiven Stempel aufdrücken Dabei hängen die Antworten, die wir bekommen, im wesentlichen davon ab, welche Fragen wir gewillt sind zu stellen.



Kritik des Anarcho-Primitivismus

Vortrag vor der FAU-Lokalföderation Bielefeld am 11.02.2013

★ *FAU Bielefeld*

Dies ist das Skript eines Vortrages der FAU Lokalföderation Bielefeld vom 11.02.2013.

1. Was ist Anarcho-Primitivismus?

Kurz gefasst ist der A-P eine politische Strömung, derzufolge sich alle Herrschaftsverhältnisse auf die funktionale Differenzierung entwickelter Gesellschaften zurückführen lassen. Dieser Theorie zufolge entwickelten sich Herrschaftsverhältnisse im Zuge der neolithischen Revolution, als der Mensch u.a. Ackerbau und Viehzucht erfand und sich nicht mehr ausschließlich durch Jagen und Sammeln versorgte.

Die ökonomische Umstellung ermöglichte unter anderem ein starkes Bevölkerungswachstum, sodass sich erstmals in der Geschichte Gesellschaften entwickeln konnten, die größer als eine Sippe oder ein kleiner Stamm waren. Außerdem machten die durch den Einsatz von Landwirtschaft erzielten Überschüsse an Nahrungsmitteln es möglich, dass nicht mehr alle Personen mehr oder weniger ausschließlich mit dem Nahrungserwerb beschäftigt waren. Diese Überschüsse ermöglichten in der Jungsteinzeit erstmals so etwas wie gesellschaftliche Arbeitsteilung, sodass sich Menschen auf unterschiedliche Tätigkeiten spezialisieren konnten. Der A-P verortet hier die Wurzel aller Herrschaftsverhältnisse und geht davon aus, dass Gesellschaften vor der Neolithischen Revolution prinzipiell egalitär organisiert waren. Für den A-P sind Zivilisation und Herrschaft deswegen untrennbar miteinander verbunden, sodass eine herrschaftsfreie Gesellschaft nur durch die Abschaffung der Zivilisation erreicht werden kann. Dies soll in erster Linie durch die Abschaffung von Technologie erreicht werden, wobei die Meinungen auseinander gehen, wie viel Technologie mit einer herrschaftsfreien Gesellschaft vereinbar ist. Während einige Vertreter*innen hortikulturelle und/oder permakulturelle Technologien auf niedrigem Niveau für vertretbar halten, fordern andere hingegen eine strikte Beschränkung auf Technologien, die bereits in der Altsteinzeit zur Verfügung standen[1]. Einige andere Vertreter*innen[2] wie John Moore halten sich gänzlich bedeckt, was das gewünschte technologische Level ist[3].
Einig sind sich die Anarcho-Primitivist*innen hingegen in der Forderung, dass alle größeren gesellschaftlichen Zusammenhänge aufgelöst werden müssen, da ihre Existenz unweigerlich zur Bildung von Hierarchien führt. Aus diesem Grund lehnen die meisten Anarcho-Primitivist*innen alle Organisationsformen, die über kleine Affinitätsgruppen hinausgehen, ab. Über die Methoden, die beschriebenen Ziele zu erreichen, schweigt sich der A-P weitgehend aus.

2. Herkunft

Historisch hat der A-P nur wenige Vorläufer. Es gab allerdings bereits im 19. Jhdt. Anarchist*innen wie Henry David Thoreau oder Leo Tolstoy, die einen ökologischen Anarchismus vertraten. Hierzu gehörten u.a. Vegetarismus, Freie Liebe, Nudismus und Umweltschutz. Insbesondere Thoreau befürwortete außerdem ein möglichst einfaches und naturverbundenes Leben sowie Selbstversorgung und kritisierte die industrielle Zivilisation. Eine prinzipielle Ablehnung der Zivilisation ist hingegen bei den meisten ökologisch orientierten Anarchist*innen nicht zu finden. Einflüsse sind außerdem die Luddit*innen, eine militante Bewegung gegen die Industrialisierung, sowie der Situationismus mit seiner Kritik des Spektakels und der Entfremdung in der modernen Gesellschaft. Der A-P selbst tritt in den 1980er Jahren erstmals in Erscheinung. Er entstand vermutlich im Umfeld der militanten Ökologie- und Tierrechtsszene in den USA. Die wichtigsten Publikationen des frühen A-P waren die Zeitschriften „The Fifth Estate“ (USA) und „Green Anarchist“ (GB, hat sich 2001 vom A-P distanziert). Heute finden anarcho-primitivistische Aktivitäten fast ausschließlich im Internet statt. Interessanterweise scheint eine recht starke Verbindung zwischen A-P und Christentum zu existieren, wie bspw. die Existenz der christlich-primitivistischen Zeitschrift „In the Land of the Living“ belegt.

3. Theoretische Probleme

Die theoretischen Grundlagen des A-P wurden von anarchistischer Seite umfangreich kritisiert. Problematisch sind bereits die Grundannahmen des A-P wie bspw. die Annahme, dass Gesellschaften ohne Technologie prinzipiell egalitär organisiert wären. Dem aktuellen Stand der Forschung nach waren und sind diese Gesellschaften durchaus unterschiedlich organisiert, von egalitären Modellen bis hin zu streng hierarchischen Gesellschaften mit klaren Herrschaftsverhältnissen[4]. Hinter dieser Annahme steckt das alte Konzept des „edlen Wilden“, welches in der europäischen Aufklärung entstand und davon ausging, dass der Mensch ursprünglich in einem primitiven Naturzustand lebte wie Adam und Eva im Paradies, frei von allen negativen Eigenschaften. Dieses Konzept entbehrt nicht nur jeder faktischen Grundlage, sondern ist auch eine hochgradig eurozentristische und rassistische Zuschreibung, die historisch von Weißen an Nicht-Weiße gerichtet wurde. Diese Zuschreibung wurde unter anderem zur Legitimierung des Kolonialismus genutzt, als Weiße es sich zur Aufgabe machten, die als „Wilde“ betrachteten Menschen zu missionieren, auszubeuten und westlichen Vorstellungen zu unterwerfen. Dies wird von Anarcho-Primitivist*innen zwar nicht befürwortet, die Grundannahme ist jedoch die gleiche.

Ein weiteres grundlegendes Problem ist die Ablehnung von gesellschaftlichen Strukturen und Gruppen, die mehr als einige Dutzend oder weniger Hundert Menschen in direkter geographischer Nähe umfassen. Größere Strukturen würden hingegen unweigerlich zu Hierarchien führen. Auch diese Behauptung wird üblicherweise nicht belegt oder begründet, weswegen auch hier nur Mutmaßungen ange-

stellt werden können[5]. Die anarchistische Praxis hat hingegen in der Geschichte oft genug gezeigt, dass größere Organisationen und Gesellschaftsstrukturen auch ohne Hierarchien funktionieren können. Das beste Beispiel hierfür ist vielleicht die Geschichte der spanischen CNT-FAI, die ihre egalitären Strukturen auch mit einer siebenstelligen Mitgliederzahl noch aufrechterhalten konnte. Der Autor ist zudem der Meinung, dass die Organisierung großer Menschenmengen auch über weite Entfernungen hinweg durch die Nutzung moderner Kommunikationsmittel wesentlich erleichtert wird.

Zudem formuliert der A-P einen globalen und autoritären Anspruch, der anderen Spielarten des Anarchismus zumindest in dieser Strenge abgeht. Wo andere Anarchist*innen zumindest von der theoretischen Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz ausgehen, fordert der AP, dass die gesamte Welt sich primitivistischen Prinzipien unterwirft, da ansonsten die primitivistischen Gemeinschaften durch die Umweltverschmutzung der Nicht-Primitivist*innen beeinträchtigt werden.

Des weiteren ist ein Problem, dass der A-P Technologie als inhärent böse ansieht und die Probleme der heutigen Gesellschaft nicht auf den Kapitalismus, sondern auf die Existenz von Technologie zurückführt. Anarchist*innen sind hingegen überwiegend der Meinung, dass die meisten Technologien genutzt werden können, um das Leben der Menschen zu verbessern, bspw. durch die Verbesserung von Hygiene, Ernährung, medizinischer Versorgung und durch die Reduzierung von Arbeit. Aus diesem Grund ist die Nutzung und Adaption vorhandener Technologien für den Aufbau einer herrschaftsfreien Gesellschaft eine uralte anarchistische Forderung. Hinzu kommt außerdem noch ein starker Hang zum magischen Denken, wenn es um die Umsetzung geht. So wird beispielsweise nicht geklärt, wie eine primitivistische Revolution vonstatten gehen soll, außer dass eines Tages alle Menschen auf einmal Primitivist*innen sind. Der einzige konkrete Vorschlag, der im Zuge der Recherchen für diesen Text gefunden wurde, war die Gründung primitivistischer „Communities“[6]. Auch für praktische Probleme werden selten konkrete Vorschläge geboten, wie der folgende Teil zeigen wird.

4. Praktische Probleme

Das erste zentrale Problem, dass bei der Betrachtung des A-P als Alternative zur heutigen Gesellschaftsordnung ins Auge fällt, ist die Frage der Versorgung der Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln. Dieses Problem wurde insbesondere von Andrew Flood ausführlich untersucht. Unter Bezugnahme auf wissenschaftliche Quellen kommt Flood zu dem Schluss, dass eine ausschließlich auf Jagen und Sammeln ausgerichtete Wirtschaftsweise in der Lage wäre, weltweit maximal 100 Millionen Menschen[7] zu ernähren, wobei bei einer solchen Bevölkerungszahl schon ein hohes Risiko eines ökologisch-ökonomischen Kollaps bestünde, bspw. durch Überjagung von Tierarten. Mit Hilfe von Landwirtschaft ließen sich hingegen theoretisch 11 Milliarden Menschen ernähren, bei einer starken Reduzierung/Abwicklung der Fleischproduktion sogar unter ökologischen Gesichtspunkten. Primitivistische Erwiderungen zu dieser Frage gehen üblicherweise von der Annahme aus, dass die Weltbevölkerung radikal schrumpfen muss. Wie diese Schrumpfung vonstatten zu gehen hat, wird unter Anarcho-Primitivist*innen unterschiedlich beurteilt. Teilweise wird eine freiwillige Geburtenkontrolle bevorzugt[8], die meisten gehen jedoch von einem unweigerlichen ökologischen Kollaps der Gesellschaft aus, sodass ein Massensterben unausweichlich ist und nach Meinung einiger (bspw. Jason Godesky) auch nicht verhindert werden sollte. In diesem Kontext werden auch Massenepidemien wie HIV/AIDS und Hungersnöte teilweise ausdrücklich befürwortet[9]. Hier offenbart sich das chiliastische Weltbild vieler Anarcho-Primitivist*innen, wenn der Weltuntergang als unvermeidlich und jeder Versuch, ihn abzuwenden, als sinnlos dargestellt wird. An dieser Stelle ist für die meisten Kritiker*innen die Diskussion beendet. Ähnliche Probleme gelten auch für andere Fragen, beispielsweise wie die Medizin in einer primitivistischen Gesellschaftsordnung aussehen soll. Moderne Medizin würde offensichtlich wegfallen. Stattdessen wird davon ausgegangen, dass Menschen in „primitivlebenden“ Gesellschaften nicht krank würden, da alle Krankheiten Zivilisationskrankheiten seien, oder dass die moderne Medizin komplett durch traditionelle Heilmethoden ersetzt werden könnte, bzw. primitive Heilmethoden dann zeitnah erfunden würden[10].

5. Warum müssen wir uns damit auseinandersetzen?

Momentan finden primitivistische Ideen vor allem in antispeziesistischen und konsumkritischen Kreisen eine wachsende Anhängerschaft. Insbesondere für jüngere Menschen, die ohne große Vorkenntnisse mit dem A-P in Berührung kommen, kann er durch seinen radikalen Gestus eine gewisse Attraktivität besitzen. Jugendliche können sich so sehr gut von ihren oftmals stark konsumfixierten Altersgenoss*innen abgrenzen. Der Gestus einer radikalen Ablehnung nicht nur das Konsumverhaltens ihrer Mitmenschen oder des Kapitalismus, sondern der gesamten Zivilisation ermöglicht einen hohen Distinktionsgewinn bei geringem persönlichem Einsatz, anders als andere Möglichkeiten linksradikalen Engagements. Der Elitarismus und Verbalradikalismus vieler anarcho-primivitistischer Gruppen und Publikationen ist den Prinzipien des Anarchismus zwar diametral entgegengesetzt, kann aber in diesem Zusammenhang zusätzlich attraktiv sein, zumal er im Internet in Form ansprechend gestalteter Seiten und absoluter „Wahrheiten“ daher kommt.

Aus dem Vortrag sollte soweit hervorgegangen sein, dass der A-P eine misanthropische und autoritäre Ideologie darstellt, die nicht mit den Prinzipien des Anarchismus vereinbar ist. Entscheidende Konzepte wie das Herannahen einer unvermeidlichen Apokalypse, die nur wenige Auserwählte überleben werden, oder die Vorstellung, dass der Mensch schon allein durch seine Existenz sündigt[11], sind eher dem Repertoire mancher Strömungen des Christentums entlehnt, als dass sie dem Anarchismus zugerechnet werden können. Aus diesem Grund sollte Bestrebungen, diese Ideologie als anarchistisch zu bezeichnen, entgegengewirkt werden. Ihren Vertreter*innen und Positionen sollte kein Raum in anarchistischen Kreisen und Publikationen gewährt werden, auch wenn dies heute noch in ökoanarchistischen und antispeziesistischen Kreisen gelegentlich geschieht. Dies bedeutet nach Ansicht des Verfassers auch, dass der antiautoritäre Gehalt

unserer Positionen gerade im ökologischen und antispeziesistischen Bereich stärker herausgestellt werden muss, um ein Andocken autoritärer Ideologien wie des Primitivismus zu verhindern.

6. Literatur

Chaz Bufe: Primitive Thought, in: Processed World Nr. 22 (1988), via: *libcom.org/library/primitive-thought.*

Andrew Flood: Civilisation, primitivism and anarchism & Is primitivism realistic: an anrchist reply to John Zerzan and others, via: struggle.ws

Jason Godesky: 5 Common Objections to Primitivism, and why they're wrong (2005), via: *http://web.archive.org/web/20060207174708/ http://anthropik.com/200 5/10/5-common-objections-to-primitivism-and-why-theyre-wrong.*

John Moore: A Primitivist Primer, via: *www.primitivism.com/primer.htm.*

Brian Sheppard: Anarchism vs. Primitivism, Tucson/Arizona 2003, via: *http://libcom.org/library/anarchism-vs-primitivism freigeisterhaus.de/viewtopic.php?t=25108&postdays=0&postorder=asc&& start=0&sid=a1c6125f7bd993e06578 a499fd399ba6* (einzige deutschsprachige Quelle, die sich auf die Schnelle finden ließ).

Anmerkungen:

[1] - Bspw. John Zerzan und Derrick Jensen.

[2] - Nach Wahrnehmung des Autors handelt es sich bei den Vordenkern des A-P ausnahmslos um sich als männlich verstehende Menschen.

[3] - Vgl. Moore o.J.

[5] - Evtl. Kann nicht zwischen einer Redeleitung und einem Chef unterschieden werden.

[6] - Vgl. Moore o.J.

[7] - Historisch 10 Millionen.

[8] - Bspw. Bei John Moore. Unklar ist auch hier, warum die gesamte Menschheit sich spontan dazu entscheiden sollte.

[9] - Aussagekräftige Zitate sind v.a. bei Andrew Flood und Jason Godesky zu finden.

[10] - Vgl. hierzu in erster Linie Moore.

[11] - Wenn auch gegen die Natur und nicht gegen die Gebote Gottes.

"Endlich aus der Nische raus"

Aber warum und wohin? – Fragen statt Antworten - Eine Erwiderung.

★ Tuli (systempunkte.org)

Der Beitrag "Endlich aus der Nische raus" (găi-dào Nr.27) versucht eine Frage zu beantworten: Wie können wir uns effektiver organisieren?

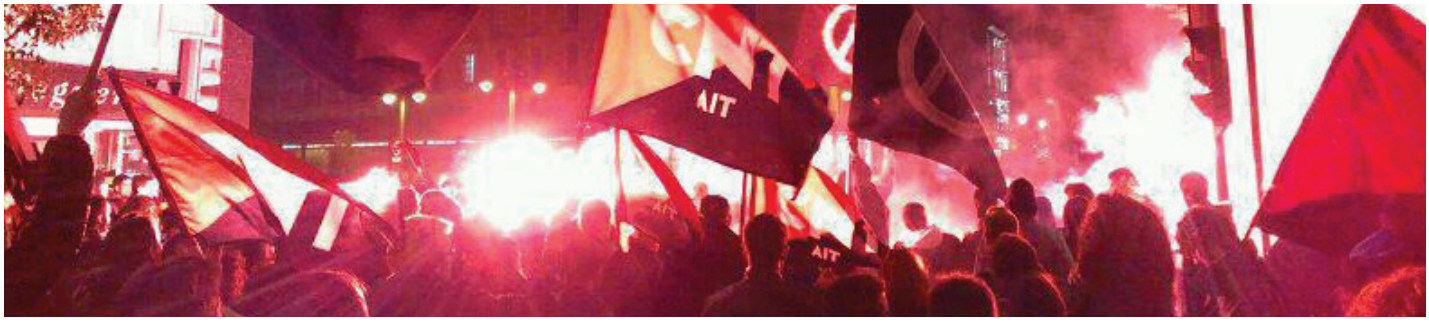
Das Problem sind dabei nicht die Hinweise, sondern was sie voraussetzen. Das Problem ist nicht die Beantwortung der Frage als solche, sondern die anderen Fragen, die durch diese Beantwortung verstellt werden.
Diese Erwiderung will das Gegenteil bieten: keine Antworten, nur Fragen.

Die grundsätzlichsten Fragen der Organisationsdebatte, die gar nicht mehr gestellt werden, lauten: Warum wollen wir uns überhaupt organisieren? Wer ist überhaupt wir? Und was heißt es sich (anarchistisch) zu organisieren?

Das Wir sollen wohl „die Anarchist*innen" sein. Eine heterogene Gruppe, denn die unterschiedlichsten Anarchismen, die nur wenig gemeinsam haben, existieren. Es ist vollkommen abwegig, ein Set von Vorschlägen für „anarchistische Zusammenhänge" zu präsentieren, da diese Zusammenhänge in ihrer konkreten Zielsetzung, wenn sie über eine solche verfügen, äußerst divers sind. Doch vorausgesetzt wird, dass es ein einheitliches positives Ziel „der Anarchist*innen" gäbe. Nein, das gibt es nicht. (Es gibt zumindest weitreichend geteilte negative Ziele.)

Der Text setzt voraus, dass es ein anarchistisches Wir gibt und, dass dieses Wir eine Massenbewegung werden will. Dies ist bei weitem keine Selbstverständlichkeit. Vielleicht gibt es auch Anarchist*innen, die nur ein widerständiges, ein eigenes Leben führen wollen, die nichts halten von der Massenbewegung als erstem Gebot unserer Organisierung? Ja, es gibt sie.

Dieser Beitrag nimmt keine Rücksicht auf die Pluralität selbst jener anarchistischen Selbstverständnisse, die Organisierung gutheißen. Nicht jedes anarchistische Organisierungsmodell hat „personelle Reproduktion" als Ziel, manche verneinen derartige Vorstellungen vollkommen. Nicht in jedem Organisationsmodell sind von Personen getrennte Funktionen vorgesehen. Und es gibt Fragen, die sich an solche Prozesse stellen lassen: Was bedeutet es wenn Funktionen von einzelnen Personen abgespaltet werden? Ist dies womöglich der erste Gitterstab zu einem stählernen Gehäuse der Bürokratie?



Zurück zum Anfang: Warum organisieren wir uns? Für die Bewegung! Das ist die Antwort, die uns der Text bietet. Doch vielleicht tun wir es, um mit unseren Freund*innen etwa zu erleben, vielleicht um mehr Dinge in kürzerer Zeit zerstören zu können, vielleicht auch nur um uns mit Theorie zu beschäftigen. Alle diese Zwecke könnten im Anarchismus Platz haben, wenn wir nicht zu schnell den Raum für sie schließen.

Die Vorschläge von „Endlich raus aus der Nische“ haben eine legalistische Schlagseite. Ich würde Personen, die Verbrechen begehen wollen, nicht empfehlen, dabei eine „Organisationschronik“ zu führen. Auch wäre das Anwerben von Mitglieder*innen wohl nicht die erste Priorität.

Doch all dies verschwindet, denn es wird eine massenkompatible anarchistische Praxis als implizites Ziel gesetzt. Warum sollten wir dies tun? Weil wir uns so nach 1936 sehnen? Weil uns ein widerständiges Leben nicht reicht, sondern wir in der Bewegung aufgehen wollen? Steckt hinter den Vorschlägen womöglich eine Sehnsucht in der großen revolutionären Masse verschwinden zu können? „Endlich aus der Nische raus“ Aus der Nische raus und rein in die Massenbewegung! Diese Zielrichtung wird vorausgesetzt.

Das tiefe Warum bleibt ungeklärt. Vermutlich ist das anarchistische Wir zu schwach. Stellen wir die Frage des Warums in allem Ernst, droht es zu zerspringen und ermöglicht auf keinen Fall derart einfache Antworten.

Ich denke, wir befinden uns in einer Zeit in der das Stellen von schwierigen Fragen eine hohe Priorität beizumessen ist. In diesem historischen Moment hängen wir genug in der Luft, um durch Reflexion unseren eigenen Pfad soweit wir können zu reflektieren und neuzukalibrieren. Ansonsten wechseln wir höchstens von einer unreflektierten Praxis zur nächsten.

Eine weitere Schwäche des Textes ist, dass er die Umstände in denen wir uns befinden, weitestgehend unreflektiert lässt. Aus welchen Verhältnissen heraus wollen wir uns organisieren (wenn wir uns überhaupt organisieren wollen)? Ist in solchen Verhältnissen eine Massenbewegung überhaupt sinnvoll? Was für eine Rolle können Vorträge in einer Welt, in der eine ungeheure Menge an Informationen ständig zu Verfügung stehen, spielen? Sollten vielleicht Situationen geschaffen, statt Vorträge gehalten werden?

Und was sind das überhaupt für Leute, die sich außerhalb dieses merkwürdigen Wirs stellen, von dem aus auch ich hier geschrieben habe? In welchen Verhältnissen finden sie sich wieder? Fragen wir umgekehrt, nicht mehr „Wie können wir Leute organisieren?“, sondern „Warum sollten sich welche Leute aus ihrer spezifischen Situation heraus mit uns organisieren?“ Haben wir darauf eine Antwort? Eine bessere als „für die Anarchie!“? Ich nicht. Doch der Text stellt nicht einmal mehr die Frage.

Können wir die Frage des Warums überhaupt sinnvoll stellen, wenn wir nicht genau sagen können, von wo aus wir sie stellen?

Vor den Vorschlägen für die Organisierung einer anarchistischen Massenbewegung sind Fragen zu stellen. Wer sie schon vorab im Einklang mit dem Text „Raus aus der Nische“ beantwortet hat, wird mit den Inhalten des Textes zufrieden sein. Er wird sich sogar als äußerst nützlich erweisen.

Doch wenn wir keine oder nur eine in den Hintergrund gedrängte Debatte über diese Fragen führen, dann sind wir, wer auch immer dieses wir ist, sicherlich kein selbstbestimmtes Wir, sondern eines das sich von der Geschichte werfen lässt.

GWR Nr. 378, April: Occupy war eine Generalprobe; An Europas Grenzen: Syrische Flüchtlinge gestrandet, entrechtet, im Stich gelassen; Fukushima ist überall; Eine Fußnote über Schavan und anarchistische Diebstahl-Konzepte; Proteste in Portugal ...; Probeabo: 5 Euro (3 Ex.), Abo: 30 Euro (10 Ex.).
Bei: **GWR-Vertrieb, Vaubanallee 2, 79100 Freiburg, Tel.: 0761/ 2160940-7, Fax: -79; abo@graswurzel.net**

Anzeige

22 [改道] Gai Dào
N°28 - April 2013

Registermethode 2.0

Einige Überlegungen zur syndikalistischen Kampftaktik.

★ *Frank Pott, Berlin*

Disclaimer vorneweg: Ich bin kein Programmierer und habe bis heute nicht eine Zeile Code selbst geschrieben, weshalb einige Gedankengänge nie umsetzbar wären.

Ich habe nachgedacht. Mal wieder. Seid ein paar Tagen lässt mich die Idee einer technischen Aktualisierung des Syndikalismus nicht mehr locker. Bzw. einer konkreten Taktik des Syndikalismus: das Lohn- und Arbeitsregister.

Unter der sogenannten Registermethode wurde die lokale Erfassung aller arbeitsrelevanten Daten innerhalb der an die Arbeitsbörse angeschlossenen Organisationen verstanden. Damals wurde das i.d. Regel durch noch vorhandene Systeme der Haus- und Straßenkassierung wöchentlich beim sogenannten Arbeitsnachweis gemacht. Jedes Mitglied der lokalistischen Gewerkschaften war demnach wöchentlich gezwungen, seine aktuelle Arbeitssituation gegenüber der Gewerkschaft offen zu legen. Dies erfolgte gleichzeitig mit der Kassierung der wöchentlichen Mitgliedsbeiträge und Aushändigung der Gewerkschaftszeitung. Über diese Art der Abfrage war der Gewerkschaft ein wichtiges Instrument ihrer Arbeit gegeben: Sie wusste zu jedem Wochenturnus den Krankenstand in der Organisation, wie viel Stunden die Mitglieder gearbeitet haben, zu welchen Löhnen, wo Mitglieder im Streik sich befanden, wo Mitglieder entlassen wurden, wo Hilfszahlungen notwendig waren und natürlich auch wo Verbesserungen der Löhne im Bereich des möglichen waren. (Kurze Anmerkung, damals war eine Gewerkschaft zumeist für einen Beruf vorhanden, die Gliederung in Branchengewerkschaften erfolgte erst nach dem 1. Weltkrieg, wo die Registermethode zumeist nicht mehr zur Anwendung kam).

Da die Gewerkschaft eine Übersicht hatte, wie die Stundenlöhne in einem Beruf in einem lokalen Rahmen waren, konnten sie lokal für sich Lohnuntergrenzen praktisch festlegen, in dem beschlossen wurde, dass Mitgliedern verboten wurde, unter einem bestimmten Lohn zu arbeiten. Wer es dennoch machte, hatte mit Disziplinarverfahren zu rechnen, allerdings waren die Hilfskassen auch so organisiert, dass dies i.d.Regel nicht notwendig wurde. So konnten auch Verhandlungen nach zeitlich begrenzten Tarifverträgen umgangen werden, da sie durch direkte ökonomische Aktion nicht mehr notwendig wurden. (Beispiele sind hierfür die Fliesenleger*innen in Düsseldorf, oder die Textilarbeiter*innen in Teilen Sachsens.) Als Erweiterung des Registers war in vielen Arbeitsbörsen auch ein Stellenregister angeschlossen, das Genoss*innen in Jobs verhalf, gerade in Zeiten der schwarzen Listen (Nicht-Einstellungslisten der Betriebe!) ein wichtiges Unterstützungswerkzeug.
Heute wäre so etwas technisch wesentlich einfacher möglich und könnte helfen, das (Stunden-)Lohngefälle von Freiberufler*innen, Freelancer*innen und anderen Scheinselbstständigen zu minimieren.

Was ist dafür zu tun? Nun es gibt zwei für mich sehr wichtige Anforderungen an das System:
1. Es muss dezentral organisiert sein
2. Es muss belastbar sein

Zu Punkt 1) Die dezentrale Organisierung hat folgenden Grund: Strukturen sind korrumpierbar. Wenn das System nur auf einem Server liegt, kann es aus verschiedenen Gründen abgeschaltet oder, noch schlimmer, abgeschnorchelt werden. Ich bin zwar dafür, die Daten anonymisiert als Open Data zu betreiben, aber dagegen, Zentralsysteme zu betreiben. Repression ist nur das eine, auch Distribution. Wenn z. B. der Deutsche Gewerkschaftsbund diese Idee gut findet, eine Instanz aufbaut und viele Menschen mitmachen, der DGB aber eines Tages beschließt, dieses System behindert seine Existenz, dann darf das System selbst nicht abschaltbar sein. Gerade aus dem Bereich Peer-2-Peer kennt die Netzgemeinde schon verteilte Systeme und Datenbanken, auch hier müsste ein solches zum Tragen kommen. Am besten über Verifizierung in einem Trustnetz1. Eine der schlimmsten Abhängigkeiten der Arbeiterbewegungen entstanden, als sie die Sozialsysteme – welche vorher selbst organisiert waren (und durchaus Ineffizienz aufwiesen) – in staatliche Hand übereignet wurden.

Zu Punkt 2) Wenn das System wächst und an Brisanz zunimmt, dann wird es aus verschiedenen Bereichen beschossen werden, nicht nur von Anons, die meinen, das Selbstbestimmungsrecht wäre gefährdet (auch deshalb ist ein dezentrales System notwendig), sondern auch Kapitalisten die die Dienstleistung “Datenmanipulation” als Geschäftsfeld entdecken werden (nicht so schlimm wie die historische Parallele Pistoleros, aber genauso zerschießend!). Also muss es möglich sein, jeden Angestellten zu verifizieren, das kann über die Steuernummer sein, das kann aber auch anderweitig z.B. über ein Trustnetz möglich sein. Auch muss das System es aushalten, sowohl 10.000 Leute als auch 10 Mio. Leute sich selbst organisieren zu lassen. Eine Verifizierung ist zwingend erforderlich, da der größte Schaden des Systems wäre, wenn seine Glaubwürdigkeit, die Belastbarkeit der Daten, selbst angegriffen werden kann.

Was stelle ich mir also vor (wenn es denn möglich ist)?
Als Endanwender*in habe ich mich am Anfang an einer noch nicht näher zu benennenden Stelle verifiziert, dass ich ich bin. Dann erhalte ich ein Client oder ein Dashboard, in dem ich meine Steuerdaten

und ähnliches eingeben kann (Maschinenlesbarkeit herstellen!), auch die eigenen Vertragsbedingungen als Angestellter (z. B. Festlegung der Arbeitszeiten, Überstundenregelungen etc.) sollten hinterlegbar sein. Für Freelancer*innen natürlich das gleiche mit Werksvertragsdaten oder andere Vertragsdaten, die die Bedingungen festschreiben. Wichtig wird jetzt natürlich eine Maske in der die geleistete Arbeitszeit eintragbar ist, sowie Pausenzeiten, Stückzahlen (Produzierendes Gewerbe), etc. pp.
Im Hintergrund läuft der Abgleich bzw. Vergleich dieser Daten mit den anderen im System gemittelten Daten. Wenn es bereits Vereinbarungen gibt, wie z.B. die Überstunden geregelt sind, und man diese verletzt, muss dem Endanwender sowie der eventuell vorhandenen Gewerkschaft dies anzeigbar sein (Alert vielleicht?). Hier kann dann interveniert werden.
Die Daten werden im besten Falle via einem Peer-2-Peer Ansatz ausgetauscht, am besten noch erweitert um einen Mesh2-Ansatz, damit die Daten nicht zensierbar sind. Die Software muss APIs3 bieten, die offen und nachvollziehbar sind, damit weitere Entwicklungen programmierbar sind. Überhaupt ist eine Grundlage der Software offener Quellcode und freie Lizenzen.

Ich hoffe, die Ideenskizze war jetzt nicht zu wirr und ich bekomme Feedback zu den Ideen, Diskussionen bitte in den Kommentaren *(https://copperanarchist.com)* oder auf Twitter *@syndikalista*.

Schluckenhauer Zipfel:

*Roma kämpfen um Selbstbestimmung und zumutbare Lebensbedingungen, Interview mit Aktivist*innen der Initiative "Wohnraum für Alle"*

★

Durch den industrialisierten Massenmord der Deutschen an verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den 1940er Jahren ist die Stigmatisierung, Diskriminierung und Verfolgung ethnischer Minderheiten durch Staat und/oder Mehrheitsgesellschaft in das Augenmerk einer breiten Öffentlichkeit geraten. Insbesondere das Schicksal der Hauptopfergruppe des Genozids, der Menschen jüdischer Abstammung, wurde umfangreich thematisiert und in Schulbildung sowie staatliche Gedenkpraxis einbezogen.
Auch wurden vergleichbare (nicht gleichsetzbare!) historische Genozide erforscht und ins Bewusstsein gerufen. Beispiele sind verschiedene Erscheinungen des europäischen Kolonialismus wie Versklavung oder Ausrottung indigener Bevölkerung, antisemitische Morde der Inquisition ebenso wie der Völkermord der Türk*innen an den Armenier*innen.
Im Ergebnis ist es für Staaten, um nicht diplomatisch ins Abseits zu geraten, unerlässlich sich zumindest offiziell zum Minderheitenschutz zu bekennen. Bekanntermaßen sind Theorie und Praxis jedoch zweierlei und hier schließt sich der Kreis zur Thematik dieses Artikels: Der Lage der Roma in der EU und hier insbesondere in der westlichen Grenzregion Tschechiens.
Im Gegensatz zur Shoah war das Schicksal der Sinti und Roma kaum Thema einer Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Die Bürger*innen der BRD waren weder mit einem „Romastaat" noch mit Mitgliedern der Minderheit in der unmittelbaren Nachbarschaft konfrontiert. Große Teile der Roma blieben zudem aufgrund anhaltender Diskriminierungen in einer sozial unterprivilegierten Stellung und konnten ihre Stimme in der (Welt-)Öffentlichkeit kaum zu Gehör bringen.
Im Ergebnis bietet der Begriff Roma oder die immer noch gebräuchliche Fremdbezeichnung Zigeuner im deutschsprachigen Raum vor allem eine exotische Projektionsfläche für Sehnsüchte, die im grauen Leben eines lohnarbeitenden Westeuropäers keinen Platz zu finden vermögen. Dieses Zerrbild ist zwar häufig wohlmeinend (Gypsy-Ska, etc.), aber verkennt komplett die heutige Lebenslage von Roma in der EU.
In vielen Sprachräumen Osteuropas dagegen, wo im Gegensatz zum deutschsprachigen Raum nach 1945 in größerer Zahl Roma leben, herrscht ein mehrheitlicher, unangetasteter Rassismus. Dieser Rassismus ist dabei so selbstverständlich, dass er bis in alternative Szenen hinein als vermeintliches Wissen in Erscheinung tritt. Nach dem Motto: Die Roma sind nun einmal arbeitsscheu und kriminell. Das liegt in ihrer Kultur. Da muss man eben mit leben. Oder aber immer häufiger je mehr sich die wirtschaftliche Lage zuspitzt: Jetzt reicht's! Wir lassen uns euer Verhalten nicht länger gefallen.
Jenseits der gesellschaftlichen Diskriminierung geht der ungarische Staat gelenkt durch eine rechts-konservative Regierung und ungehindert durch die restlichen Staaten der EU in eine offen rassistische Praxis über. Leider sprengt die besondere Lage Ungarns den Rahmen des Artikels. Getrieben jedoch durch diese Entwicklungen verbunden mit einer Verschärfung der wirtschaftlichen Lage migrieren immer mehr Roma aus Ungarn, Rumänien und Serbien in die BRD, wodurch in den vergangenen Jahren auch hier mehr Roma in Erscheinung traten. Allerdings ist ihre rechtliche Lage sowie ihre

Stellung gegenüber der Bevölkerung eine wesentlich andere als in Tschechien. Hier sind sie Teil eines Migrationsstroms, wo hingegen sie dort den Status gewöhnlicher tschechischer Staatsbürger*innen besitzen. Dieses Wissen ist essentiell für das Verständnis der Lage der Minderheit in Tschechien. In der westlichen Grenzregion, dem Schluckenhauer Zipfel, kam es in den vergangenen Jahren mehrmals zu weithin sichtbaren, humanitären Ausnahmesituationen von Teilen der Roma-Minderheit – z. B. 2008 Erstürmung eines von Roma dominierten Viertels in Litvinov durch Rechtsradikale aus dem Umfeld der Partei DS (verboten, jetzt DSSS), 2011/2012 z.T. gewaltsame Sonntagsdemonstrationen von aufgebrachten Bürger*innen gegen Roma-Wohnhäuser in Varnsdorf (zunächst auch in anderen Städt-en) und aktuell Schließung eines vorwiegend von Roma Familien bewohnten Wohnheims in Usti aufgrund illegaler baulicher Zustände mit anschließender Besetzung, da keine alternativen Wohnungen gefunden werden konnten.

Die Aneinanderreihung dieser herausragenden Ereignisse vermag jedoch nicht die Geschichte der Roma im Schluckenhauer Zipfel zu erzählen – eine Geschichte von mehrheitlichem Rassismus, behördlicher Ignoranz und privater Geschäftemacherei oder auch eine Geschichte des Niedergangs einer ehemaligen Industrieregion, der Verdrängung von Armen an die Peripherie sowie mutigen Widerstandes der selben gegen ihr fremdbestimmtes Schicksal.

Das folgende, aus dem tschechischen übersetzte Interview mit einem Aktivisten der Initiative „Wohnraum für Alle“ (Bydlení pro všechny), welche die Besetzung des Wohnheims unterstützte, vermag einen tieferen Einblick in die Situation vor Ort zu vermitteln.

„Wir waren an einem absoluten Tiefpunkt“

Ein Gespräch mit einem Aktivisten von der Initiative „Wohnraum für Alle“ (Bydlení pro všechny) über die Hintergründe und Details des „Kampfes um das Wohnheim“ in Ústí nad Labem, über die These, dass „Armut keine Hautfarbe hat“, über Wut, Tränen, Glück, die Banalität der Würde, den Weg aus dem Ghetto oder die Strategie, öffentlichen Druck zu machen.

Ihr wart in einen Fall zwangsgeräumter Familien aus Předlice involviert. Wie seid ihr dazu gekommen?

Ich möchte nur zwei hauptsächliche Gründe erwähnen, die mich dorthin gebracht haben. Andere Gruppenmitglieder würden wahrscheinlich andere Dinge nennen. Die Stärke einer Initiative liegt genau darin – sie hat die Form horizontaler, unterschiedlicher und kaum kontrollierbarer Netzwerke, die sich bilden und wieder auflösen, und nicht die Form einer Organisation mit einer einheitlichen Meinung. Von daher werde ich das ganze Interview über aus meiner individuellen Perspektive sprechen und nicht die Positionen der gesamten Initiative „Wohnraum für Alle“ wiedergeben.

Der Hauptgrund für meine Engagement war, dass Menschen aus diesem Ghetto, besonders aus dem Wohnheim, um das es geht, auf sich aufmerksam gemacht - dass sie den Mut zur Revolte hatten, dass sie genug von allem hatten, dass sie müde und entnervt von den Problemen waren, die sich aus ihrer Forderung nach annehmbaren Wohnungen für sich selbst und ihre Familien und Kinder ergeben haben. Was ist an dieser Forderung nicht zu verstehen? Zur gleichen Zeit waren sie auf der Suche nach Unterstützer*innen, was für uns ein klares Zeichen war, uns einzubringen.

Der nächste Punkt war eine Erfahrung aus Přednádraží in Ostrava, wo sich eine neue Art politischer Aktivität herausgebildet hat – für Menschen in Krisensituationen einzutreten, für diejenigen ganz unten auf der sozialen Leiter, die gleichzeitig den Mut haben, für eine Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen. Und nicht zuletzt war es Jakub Polák und sein Tod. Kaum jemand möchte nachts von Jakub heimgesucht werden. Er hat eine enorme Arbeit geleistet und es wäre Blödsinn, nicht zu versuchen, sie fortzusetzen.

War Antiziganismus auch einer der Gründe, warum du gerade Předlice gewählt hast?

Nicht ich habe Předlice ausgesucht. Die Leute dort haben uns ausgesucht. Aber ich verstehe, warum du fragst, und in meinem Fall war es definitiv einer der Gründe. Ich habe generell genug von Rassismus, aber was mich extrem aufregt ist der Rassismus gegenüber armen Roma, die sowohl unter Weißen als auch unter „ihren eigenen Leuten“ ganz unten sind. Dieser Rassismus funktioniert wie eine gut geölte Maschine – er ist ein Teil des Staates, der Medien, der Gemeinden, vieler NGOs und auch vieler Menschen – Weißer und auch Schwarzer. Ich musste mich einfach als Gadjo (Nicht-Roma) für diejenigen einsetzen, die am weitesten unten stehen, und nach denen alle treten, ihnen die Schuld geben und dann ihre Hände in Unschuld waschen. Es ist wichtig zu zeigen, dass es da eine Gruppe angepisster Weißer gibt, die gegen Rassismus sind, die bereit sind, sich für die Leute ganz unten einzusetzen. Die klar und deutlich machen: „Hände weg von den Armen!“ und z. B. den Hass auf die Ausgeschlossen auf sich ziehen.

Andererseits kennt Armut und Machtlosigkeit keine Hautfarbe. Und dieser soziale Aspekt ist für mich ebenfalls von zentraler Bedeutung, weil in dieser Gesellschaft insbesondere den Armen und Machtlosen ständig ihr eigenes Scheitern vorgeworfen wird, ihre mangelnde Anpassungsfähigkeit, Aggressivität und so weiter. Ich möchte nur sagen, dass diejenigen, für die wir kommen und „laut“ eintreten, nicht unbedingt Roma sein müssen. Das Kriterium ist nicht die Hautfarbe, sondern der Wille zu revoltieren, für die Verbesserung der eigenen Situation zu kämpfen.

Lass uns zu den jüngsten Ereignissen in Krásné Březno zurückkommen. Wie würdest du die Situation der Leute in dem Wohnheim dort beschreiben? Und wie sind sie eigentlich dorthin gekommen?

Delegierte Unverantwortlichkeit – darum geht es hier. Von einem breiten Blickwinkel aus betrachtet, ging der Mist mit der verfehlten Privatisierung durch den Distrikt Předlice in Ústí nad Labem los. Städtische Wohnungen wurden an die Mafia verkauft, obwohl es Kaufangebote von Wohnungsgesellschaften gab. Nun, und die Mafiosi haben ein klassisches Geschäft mit der Armut aufgezogen. Sie haben eine hohe Miete festgesetzt. Die Bewohner haben zuverlässig bezahlt und gefordert, dass der Besitzer anfangen soll, sich um die Häuser zu kümmern – also den gültigen Mietvertrag erfüllen. Der Besitzer hat das nicht

gemacht und sich darauf beschränkt, einmal im Monat die Miete einzusammeln. Das hat dazu geführt, dass die Häuser allmählich verfallen sind – so wie ihr Zustand jetzt ist, wo sogar mehrere Häuser baufällig sind.
Von einem rein juristischen Blickwinkel aus sind die Eigentümer, die sich überhaupt nicht gekümmert haben, für diese Zerstörung verantwortlich – die Kommunalverwaltung betont das natürlich sehr gerne. Aber wenn sich die Besitzer*innen nicht kümmern, dann muss die Verwaltung eingreifen und die Interessen ihrer Bürger*innen verteidigen. Aber erst als das erste Haus zusammenbrach und eine Person starb, hat die Verwaltung begriffen, dass so eine Situation schlecht für sie selbst ist und angefangen, sich mehr für diese Häuser zu interessieren.
Angeblich hat das Bauamt eine Liste mit fast dreißig einsturzgefährdeten Gebäuden ausarbeiten lassen (die aber niemand zu Gesicht bekommen hat, auch nicht die Bewohner dieser Häuser) und entschieden, ein Haus in der Beneše-Lounského-Straße zu räumen. Die Leute, die eine überzogene Miete bezahlt und den Besitzer gedrängt hatten, sich zu kümmern, sollten plötzlich in eine Turnhalle ziehen. Niemand hat ihre Meinung berücksichtigt und man hat sie nicht zu den Sitzungen eingeladen, wo Entscheidungen über ihre Zukunft getroffen wurden. Nach acht Tagen hat die Stadtverwaltung sie in ein Wohnheim mit Wuchermieten gesteckt. Das hatte ein Mensch namens Mižigár seinerseits von der Firma CPI gemietet. Er wurde übrigens dabei erwischt, wie er sich an den Familien bereichert hat, indem er sie sogar noch ein paar Tausender mehr hat bezahlen lassen als im Mietvertrag vorgesehen.

Was ist das – so eine konzeptlose und erniedrigende Behandlung durch die Kommunalverwaltung, Leuten gegenüber, die unter den Ghetto-Gesetzen der Mafia leiden?

Das riecht nach einer Art Vergeltung gegen die Familie Červeňákovi, die seit den 90er einen langen Rechtsstreit mit der Stadtverwaltung geführt hat. Bevor das vor ein europäisches Gericht ging, hatte die Verwaltung damals lieber eingelenkt. Aber das sind nur Spekulationen.
Die Familien dort waren ziemlich unglücklich wegen all dieser Dinge, aber gleichzeitig waren sie bereit, durch eigene Aktivität aus diesem Teufelskreis auszubrechen – sie haben auf eigene Faust nach Wohnraum gesucht, aber ohne Erfolg. Das Wohnheim sollte Ende Januar geschlossen werden. Alles, was die Stadtverwaltung anbieten konnte, war es, die Familien zu trennen und in der ganzen Region zu verteilen, die Mütter und Kinder in staatliche Heime zu stecken und die Männer mitten im Winter ihrem Schicksal auf der Straße zu überlassen. Wundert sich irgendjemand, dass die Familien diese Option zurückwiesen? Ich frage mich eher, warum es nicht viel mehr mutige Familien gibt, die Nein sagen zu solch einem Abgleiten vom Wohnheim ins Heim und wieder zurück in Häuser mit Wuchermieten. Sie haben uns eingeladen und wollten unsere Unterstützung in ihrem Kampf und damit gleichzeitig auf das Problem aufmerksam machen.

In den Medien wurde berichtet, dass den Familien Wohnungen angeboten wurden. Diese hätten sie aber abgelehnt, manchmal sogar ohne irgendeinen Grund anzugeben.

Das wurde den Medien entweder von der Stadtverwaltung oder durch die Organisation „Menschen in Not“ (Člověk v tísni, ČvT) mitgeteilt, als die Situation zu eskalieren begann. Ich denke, das ist ein Skandal. Es ist sehr unverantwortlich in dieser sehr kritischen Situation so etwas zu veröffentlichen, das den Anschein erweckt, als seien die Leute selbst an allem schuld. Ohne ČvT nahetreten zu wollen, aber das hat mich ernsthaft wütend gemacht. PR und Kleinkrieg mit dem lokalen Aktivisten Brož waren ihnen wichtiger als Menschen in verdammt großer Not.
Da „Menschen in Not“ sich seit 20 Jahren mit dem Thema beschäftigt, wissen sie besser als sonst jemand, dass das Problem komplex und strukturell ist. Das Problem liegt weitaus tiefer als auf der Ebene von individuellen Versagen oder Nicht-Versagen. Außerdem sind sie sehr professionell im Bereich der Medien. Von daher wissen sie ganz genau, dass es wieder eine Welle antiziganistischer Straßengewalt geben kann, wenn man diese Familien ständig übel verleumdet. Denn es ist in Tschechien nicht modern, sich für Roma einzusetzen und im Norden des Landes umso weniger. Indem sie in einer Pressemitteilung den einzelnen Menschen die Schuld an der Situation zugewiesen haben, haben sie ihre eigenen Hände reingewaschen. Wahrscheinlich wollten sie auch Mira Brož schlecht wegkommen lassen. Jedenfalls scheint mir das für eine professionelle Wohltätigkeitorganisation ein unprofessioneller, dreckiger Trick zu sein.
Wir haben zudem dokumentiert, was für Wohnungen „Menschen in Not“ den Leuten angeboten hat. Manche Kontakte waren nicht erreichbar, manche Wohnungen existierten nicht einmal und andere waren in einem furchtbaren Zustand. Und man sollte nicht vergessen, dass wir uns hier in einem Umfeld bewegen, wo auf dem Wohnungsmarkt Diskriminierung herrscht, wo diesen Familien übel nachgeredet wird, wo 97% des Wohnungsbestandes in Ústí nad Labem in Privatbesitz sind. Dass wir uns hier in einem Umfeld von Mafia-Strukturen im Ghetto und Geschäften mit der Armut bewegen, in einem Umfeld, wo es kaum Sozialwohnungen gibt und so weiter.

Du hast mir gesagt, dass diese Familien manchmal während der Wohnungssuche von der städtischen Polizei begleitet wurden. Richtig?

Das ist eine Entwicklung der letzten Jahre, über die kluge Frauen und Männer von ausländischen Universitäten als Bestrafung von Armut schreiben. Das passiert direkt vor unseren Augen: Die soziale Agenda der Stadtverwaltung verschiebt sich insbesondere hin zu repressiven Maßnahmen – zur städtischen Polizei. Sie sehen Roma a priori als potenzielles Kriminalitätsproblem. Deshalb verbinden sie ihre soziale Agenda mit Maßnahmen der Kontrolle und Repression. Staatliche Wissenschaftler wie Marek Jakoubek sprechen sogar direkt von Roma-Kriminalität.
Einen Wendepunkt sehe ich nach Janov, als Komorous über die Notwendigkeit sprach, etwas gegen Rechtsextremismus zu machen. Aber was hat er vorgeschlagen? Ein Sozialprogramm namens Úsvit (Morgen) in abgelegenen Orten unter der Kontrolle der Polizei. In anderen

Worten sagte er: Wenn wir das Problem mit dem Rechtsextremismus lösen wollen, müssen wir das Problem der Ghettos lösen. Implizit hat er damit den Nazis Recht gegeben – durch ihre Aktivitäten haben sie auf das Problem aufmerksam gemacht und sie werden das so lange machen, bis das Problem gelöst wird. Kannst du diese Verbohrtheit erkennen? Mit anderen Worten hat er gesagt, dass Extremismus bedeutet, arm, ausgeschlossen und anders zu sein. Damit macht er die Roma zum Problem und nicht den Neonazismus. Nun, und heute schreiben Mareš und andere vom Center for Security Studies in Brno, das mit dem Innenministerium zusammenhängt, bereits über sogenannten „Roma-Extremismus".

In welcher Situation seid ihr dann zu dem Wohnheim in Krásné Březno gekommen?

Das war mehr oder weniger bereits eine krisenhafte Situation. Den Vorwurf haben wir uns später bei der Selbstreflexion gemacht. Wir haben gesehen, dass „Menschen in Not" die Zusammenarbeit mit einigen Familien abgebrochen hatte und dass dort immer noch Familien waren, die keinen Erfolg hatten und noch keine angemessenen Unterkünfte gefunden hatten. Also haben wir angefangen, uns mit den in diesem Fall zuständigen Institutionen und Organisationen auseinanderzusetzen.

Wir haben uns telefonisch an die Familie Bunclíkovi gewandt, die das ursprüngliche Haus in der Beneše-Lounského-Straße in Předlice besitzt, und gefragt, was sie mit dem Haus machen werden. Die Antwort war, dass sie das Haus nach und nach reparieren würden und dann könnten die Familien wieder einziehen. Wir haben es nicht geschafft, nach einer Lösung für die aktuelle Krisensituation zu fragen, weil sie aufgelegt haben und es unmöglich war, sie nochmals telefonisch zu erreichen. Am nächsten Tag sind wir zu ihrem Wohnsitz in Povrly, einem Dorf in der Nähe von Ústí nad Labem gefahren, aber auch da hatten wir keinen Erfolg. Es war dann ziemlich klar, dass die Besitzer nichts machen werden, nachdem sie die ganze Zeit nichts gemacht hatten, auch nicht nach der Räumung der Familien.

Also haben wir die Stadtverwaltung besucht, um die Sozialabteilung in den Fall einzuschalten und eine konstruktive Lösung zu finden. Anstatt einer Lösung präsentierte Zuzana Kailová vor laufenden Kameras eine Presseerklärung, in der sie Brož und den Familien selbst die Schuld an allem gab – die Verwaltung hätte alles gemacht, was sie sollte, aber die Familien wären zu wenig aktiv bei der Wohnungssuche. Während dieser kalten Dusche von der Stadtverwaltung trafen wir Leute von „Menschen in Not" (ČvT) die schauen wollten, was los ist. Wir haben mit ihnen über die Pläne von ČvT gesprochen, mit denen sie diese Situation lösen wollen. Ihren Ansatz haben wir schlicht und ergreifend abgelehnt, weil sie meinten, dass sie jetzt einfach nichts machen werden. Die Gründe für ihre Tatenlosigkeit haben uns nicht interessiert, weil die Situation kritisch war und wir ihren ablehnenden Standpunkt nicht akzeptieren wollten. Es gab keine Alternative. Wahrscheinlich weil Frau Kailová in ihrer Presseerklärung über die Zusammenarbeit mit dem Non-Profit-Sektor gesprochen hat, hat sich ČvT aus Loyalität mit der Stadtverwaltung dazu herabgelassen, uns wenigstens eine aktualisierte Liste mit Wohnungsmöglichkeiten zu geben.

Schritt für Schritt haben wir alle zuständigen Organe kontaktiert. Diese haben sich geweigert, auch nur einen Finger krumm zu machen und wir haben festgestellt, dass „Wohnraum für alle" sich in einer Situation befindet, wo wir in Rekordzeit und in einer akuten Krise die Rolle dieser Organe übernehmen müssen. Trotzdem sind wir von „Wohnraum für alle" meiner Meinung nach keine Sozialarbeiter, sondern eine Gruppe, die verschiedene politische Taktiken einsetzt, um Menschen in Krisensituationen, die bereit sind zu protestieren, zu helfen. Wir wollen ihnen helfen, ihre selbstformulierten Forderungen zu erreichen und durch solche Aktionen die Aufmerksamkeit der Medien auf bestimmte gesamtgesellschaftliche Probleme lenken. Ich gebe zu, dass wir nicht mit allen möglichen Situationen, mit denen wir vielleicht umgehen müssen, gerechnet haben.

Ihr habt auch in Prag versucht, auf das Problem der Leute in dem Wohnheim in Ústí aufmerksam zu machen und eine Demonstration vor dem Ministerium für Arbeit und Soziales durchgeführt. War auch da keine verantwortliche Behörde bereit zu handeln und eine Lösung zu finden?

Die Wahl unserer taktischen Schritte war direkt abhängig davon, wie beschwerlich und kritisch die Situation der Leute in dem Wohnheim war. Deswegen haben wir direkt im Ministerium gefragt, wie das möglich ist, dass Menschen im Norden des Landes mit der Trennung von Familien und den Entzug von Kindern bedroht werden und wie das Ministerium damit umgehen will. Der stellvertretende Minister sagte Journalisten gegenüber, dass die Trennung von Familien illegal ist. Die Medien begannen sich für den Fall zu interessieren und ein paar Tage später fuhren wir wieder nach Ústí nad Labem, um die Familien in dem besetzten Wohnheim zu unterstützen.

Der Besitzer des Wohnheimes, die Firma CPI, hatte entschieden, den Betrieb des Wohnheimes einzustellen. Hast du eine Ahnung, aus welchem Grund sie das tun mussten, während sie sich zu der Zukunft des Hauses nicht geäußert haben?

CPI ist in die ganze Sache aus purem Zufall reingeraten, denn als die Stadtverwaltung einen Ort für die Leute suchte, die zunächst in der Turnhalle untergebracht waren, fand sie dieses Wohnheim. Die Verwaltung hat aber nicht mit CPI kommuniziert, sondern mit einer Person, die das Wohnheim ihrerseits von CPI gemietet hatte – Herrn Mižigár. Als die Leute von CPI später bemerkt haben, in welcher Situation sie sich befanden, haben sie Mižigár Schritt für Schritt beiseite geschoben und haben Druck auf die Stadtverwaltung ausgeübt – allerdings ohne Erfolg.

Als Leute von CPI Ende Januar zum Wohnheim kamen, waren sie entsetzt, dass es hier eine Gruppe mutiger Leute gibt, die sich weigern das Wohnheim zu verlassen, bis die Situation dieser Familien gelöst sein wird. CPI wusste nicht genau, was sie tun sollten. Sie haben versucht, die Staatspolizei davon zu überzeugen, die Kontrolle über das Objekt zu übernehmen. Die Polizei hat sich jedoch geweigert, da es sich nicht um einen strafrechtlichen Streitfall handelte. Und einen solchen gibt es nicht, solange es keinen Konflikt zwischen den Leuten, die das Wohnheim verteidigen, und den Sicherheitsleuten von CPI gibt.

Schritt für Schritt hat CPI das Wohnheim von Strom, Heizung und Wasser abgeschnitten mit dem Argument, dass die Kosten für sie zu hoch seien. Das ist ein ziemlicher Witz, wenn man das damit vergleicht, wie groß die Firma ist, wie sie sich ihr Eigentum angeeignet haben, welche Reputation sie im Norden haben oder auch wie viele kleine Kinder sich in dem Wohnheim befanden. Nichtsdestotrotz mussten wir uns seit Freitag um die Notversorgung des Wohnheims kümmern.

Kannst du kurz darlegen, wie sich die Situation entwickelt hat?

Das Hauptziel der Familien war zunächst zu verhindern, dass ihnen die Kinder weggenommen werden. Also haben wir sofort mit ihnen zusammen mit der Wohnungssuche begonnen. Das nächste Ziel war es, die Versorgung des Hauses mit Energie und Wärme sicherzustellen. Wir haben uns in mehrere Gruppen aufgeteilt und intuitiv und tätig mit all unseren Kräften und unter Zeitdruck all das bewältigt. Zur gleichen Zeit gab es Plena, wo wir alles mit den Leuten aus dem Wohnheim geregelt haben oder, genauer gesagt, mit ihren Vertretern – etwa acht bis neun Familien waren dort geblieben und es waren etwa 30 bis 40 Kinder dort. Eine Menge. Wir haben versucht, alles Wichtige mit ihnen zu beraten. Falls das jemand von diesen großen NGOs, von der Stadtverwaltung oder vom Staat liest – bitte haltet an diesem Punkt inne und überlegt, welche Rolle die armen Leute selbst in euren Entscheidungsprozessen spielen.

Wir waren unterschiedlich viele Leute vor Ort, einige Dutzend. Wichtig ist, dass wir primär Aktivisten sind und nicht Rechtsanwälte, Sozialarbeiter oder Experten für die Lösung einer Situation, die meiner Meinung nach nah an einer humanitären Krise dran war. Deshalb haben wir uns an vieles erst herangetastet und während des Prozesses gelernt. Ich habe in diesen wenigen Tagen viel über soziale Arbeit, juristische Fragen und andere Dinge gelernt… ich habe mich selbst überrascht. Einerseits streue ich mir heute Asche aufs Haupt, weil ich so unvorbereitet war. Andererseits sollte man wahrscheinlich so eine Erfahrung mal durchmachen, um das in der Zukunft zu vermeiden. Eine neue Art von Aktivismus durchzuziehen bringt das wahrscheinlich mit sich.

Diese kritischen Tage begannen mit einem Treffen früh morgens, wo wir das Programm für den Tag besprochen haben – wer macht was, mit wem und so weiter. Und dann hat man nicht aufgehört, bis irgendwann am Abend, irgendwann am Morgen, wenn Presseerklärungen geschrieben wurden und es dann Zeit war, schlafen zu gehen. Einige Leute haben gekocht, andere nach Wohnraum gesucht, einige haben Lebensmittel und andere Sachen eingekauft, wieder andere haben sich um die Sicherheit gekümmert. Einige haben koordiniert, andere gefilmt, um Material und Beweise zu haben, und wieder andere haben Politiker und andere Leute angerufen oder sich um Leute aus dem Ausland gekümmert. Einige haben sich um die Heizung für die Räume, wo die Kinder schliefen, gekümmert und andere haben mit den Medien gesprochen und Presserklärungen verfasst und so weiter. Freitag, Samstag, Sonntag. Am kritischsten war der Samstag.

Was war am Samstag so kritisch?

Wir haben die Info bekommen, dass die Stadtverwaltung einen vorläufigen Bescheid über Heimerziehung für die Kinder erlassen hat, der am Montag zugestellt werden könnte – mit anderen Worten die Vorbereitung, den Leuten ihre Kinder wegzunehmen. Ich denke jetzt, dass es uns auf ähnliche Weise mitgeteilt wurde, wie es den Roma-Familien langfristig gesagt wird – als Drohung. Ich glaube aber, dass es eine reale Bedrohung war, dass am Montag Sozialarbeiter (von der staatlichen Organisation für den sozialen und rechtlichen Schutz von Kindern) mit Polizeibegleitung kommen, um die Kinder mitzunehmen. Das konnten wir nicht zulassen.

Deshalb haben wir soviel Wohnraum gesucht, wie wir nur konnten und wir hatten auch schon vorher etwas vorbereitet, aber für einige Familien war immer noch nichts gefunden worden. Einige Familien blieben sogar aus Solidarität dort, sogar wenn sie schon eine andere Unterbringung organisiert hatten. Und die Zeit lief uns davon. Das waren schwere Momente. Die Wegnahme der Kinder war die schlimmste Vorstellung. Die Familien und auch wir weinten, waren rasend vor Wut, hatten hysterische und cholerische Anfälle, aber wir alle versuchten immer noch, vernünftig nachzudenken, alle möglichen Alternativen zu bedenken und so weiter. Ich glaube, wir alle waren an einen absoluten Tiefpunkt gekommen.

Am Samstagabend erschien ein Mann im Wohnheim, der als Verwalter von Wohnungen im Stadtzentrum arbeitet – Wohnungen der ersten Preiskategorie zu den üblichen Preisen. Er sagte, er hätte uns im Fernsehen gesehen und dass der Rest der Familien, die noch keinen Erfolg bei der Wohnungssuche hatten, in die von ihm verwalteten Wohnungen ziehen könnten. Wir wollten das erst nicht glauben, deshalb sind wir sofort losgezogen, um diese Wohnungen anzuschauen und Fotos von den Verträgen zu machen.

Zu diesem Zeitpunkt hatten wir nur einen einzigen Anwalt gefunden - František Valeš vom Beratungszentrum für Bürgerrechte (Poradna pro občanství) – dem wir diese Verträge zur Überprüfung geschickt haben. Er hat uns geantwortet, dass die Qualität der Verträge über dem Standard liegt. Wir hatten keinen Grund, ihm nicht zu glauben. Die Verträge wurden sofort unterschrieben, für den Fall, dass die staatliche Organisation für den sozialen und rechtlichen Schutz von Kindern kommt. Dann hätten wir mit den Verträgen ein Argument in der Hand gehabt, dass sie die Kinder in Ruhe lassen.

Ich glaube, am Sonntag waren dann schon alle umgezogen.

Herr Černý von „Menschen in Not“ behauptet jedoch, dass die abgeschlossenen Verträge keinerlei Gewinn darstellen. Wie ist das also?

Die Situation verhält sich folgendermaßen: Von den letzten sechs Familien sind drei aus Mafiastrukturen mit Wuchermieten umgezogen in Wohnungen der ersten Preiskategorie, mit guten Verträgen und Mieten in üblicher Höhe – und nicht festgelegt im Rahmen eines Geschäftes mit der Armut. Die anderen drei Familien sind zwar auch in Wohnungen der ersten Preisklasse mit üblichen Mieten untergebracht, aber leider mit zweifelhaften Verträgen. Ja, diese Verträge sind nichts besonders Gutes und es macht keinen Sinn, dem auszuweichen. Nur so viel dazu: Verträge sind immer nur so gut, wie die anwaltliche Beratung. Wenn wir gewusst hätten, dass die Verträge derart zweifelhaft sind, dann hätten wir alles gemacht, um bessere

Wohnungen zu finden. Ich sage nicht, dass wir es geschafft hätten, aber wir hätten mindestens einen ganzen Tag dafür Zeit gehabt. Abgesehen davon, dass wir unter einem enormen Druck standen und dass wir mit einer guten Portion Glück, ohne Bezahlung und ohne Erfahrungen oder Fachkenntnisse erfolgreich die Arbeit der Leute von „Menschen in Not", der Stadtverwaltung und anderer staatlicher Institutionen gemacht haben, wofür die mit unseren Steuern und öffentlichen Geldern bezahlt werden. Aber trotzdem waren sie nicht in der Lage, diese Arbeit zu machen. Gleichzeitig sollte man die Situation unter dem Blickwinkel betrachten, dass schlechte Verträge immer noch besser sind als die Wegnahme der Kinder oder die Trennung der Familien durch Heimunterbringung in der ganzen Region verstreut. Und nicht zuletzt stimmt es, dass es in Städten wie Ústí nad Labem keine hundertprozentige Erfolgsquote gibt für die Wohnungsuche für Familien aus Ghettos – man muss immer die Qualität der Wohnungen, den Besitzer, die Höhe der Miete und den Vertrag berücksichtigen und zwischen schlechten und noch schlechteren Optionen wählen.

Seid ihr noch in Kontakt mit den Familien?

Ja, aber eher individuell als im Rahmen der Initiative. Besonders Freiwillige von der Vereinigung Konexe arbeiten nun dort vor Ort. Ich möchte betonen, dass Sozialarbeit nicht zu den Aktivitäten der Initiative „Wohnraum für alle" gehört, auch wenn einige Leute aus dem Umfeld von „Menschen in Not" versucht haben, unsere Arbeit mit genau solchen Positionen zu diskreditieren. Gleichzeitig haben sie die Arbeit ihrer eigenen Mitarbeiter vor Ort und die Ideologie des Individualismus, die in die von ihnen vertretene Sozialarbeit eingebettet ist, verteidigt. Das ist ein ähnlicher argumentativer Tiefschlag, als würde man einer Schriftstellerin vorwerfen, dass sie kein Malerin ist, einem Hockeyspieler, dass er kein Sportkommentator ist oder einer Antilope, dass sie kein Fleisch frisst.

Wie gesagt, ist „Wohnraum für alle" eine Gruppe von Aktivisten, die sich für Leute in Krisensituationen eingesetzt hat, die bereit sind für ihre Rechte zu kämpfen. Die Initiative hat dafür verschiedene politische Taktiken verwendet. Das Ziel war, die Leute dabei zu unterstützen, dass ihre Forderungen gehört und umgesetzt werden und zur gleichen Zeit die Aufmerksamkeit auf die tieferliegenden Probleme von gesamtgesellschaftlicher Wichtigkeit zu lenken. Wir hoffen, dass jetzt mehr Diskussionen über diese Probleme beginnen, wozu z. B. das Fehlen von Sozialwohnungen gehört, die Ideologie der sozialen Arbeit, das Geschäft mit der Armut, die Rolle der Ausgeschlossenen bei der Selbstverwaltung ihres eigenen Leben oder das sogenannte „Empowerment" von Gemeinschaften.

Wir haben sowohl den standardmäßigen politischen Weg ausprobiert – sich mit Behörden auseinandersetzen, mit der staatlichen Organisation für den sozialen und rechtlichen Schutz von Kindern, mit „Menschen in Not" - als auch die Strategie von öffentlichem Druck und direkten Aktionen, die sich letztlich ausgezahlt hat – wenn auch mit einer unverdienten Portion Glück und mit vielen Fehlern und nicht genug Bereitschaft für ähnliche Aktivitäten. Nichtsdestotrotz haben sich Wege zu neuen Dimensionen politischer Aktivität eröffnet.

Vielen Dank an dich und die ganze Initiative „Wohnraum für Alle" für eure Arbeit. Bis bald.

Heraus zum 1. Mai!

★ *Bonn Libertär*

Gemeinsam mit libertären, antiautoritären und anarchistischen Genoss*innen wollen wir entschlossen und kämpferisch unsere Ideen, Träume und Wünsche auf die Straße tragen.

Überall auf der Welt kämpfen Genoss*innen für die eigene Befreiung und die der sie umgebenden Gesellschaft. Wir versuchen unsere Ketten abzustreifen und sagen dem Bestehenden den Kampf an, denn eine Welt, in der Menschen Hunger leiden, obwohl es genügend Nahrung gibt; in der Kriege zur Profitmaximierung geführt werden, ist eine Welt in der wir nicht leben wollen. Wir wollen ein Zeichen setzen, für unsere kämpfenden Genoss*innen überall auf der Welt, für unsere Ideen und gegen unsere Leiden, gegen den Kapitalismus als ein Übel, das es zu überwinden gilt.

Wir wollen eine Welt in der für jede*n Platz ist, eine Welt ohne Herrschaft und Ausbeutung. Wir streben ein Leben in Freiheit an, ein Leben, welches sich zu leben lohnt.

Der Zwang zur Arbeit...

Überall auf der Welt werden Lohnabhängige, zur Profitmaximierung, bis an ihre Grenzen und darüber hinaus physisch und psychisch ausgebeutet.

In der BRD werden ganze Arbeitssektoren prekarisiert, durch Leiharbeitsfirmen in ständig neue miese Arbeitsverhältnisse gezwungen, durch 450€ Jobs am Rande der Existenz gehalten und Erwerbslose in ARGE und Jobcenter gedemütigt, gedeckelt, zu Arbeit gezwungen, deren Lohn nicht zum Überleben reicht,

Verstärkt wird dies durch die – gar nicht überraschende – „Krise" des Kapitalismus und den damit einhergehenden Zwang zu „Sparen", wodurch immer neue Kürzungen gerechtfertigt werden.

...als Fetisch und für die Nation

In Europa baut Deutschland als Krisengewinner Druck auf andere Staaten auf, zwingt z.B. Griechenland zu Privatisierungen, welche letztlich auch deutschen Großunternehmen in die Hände spielen. Die Vormachtstellung wird immer weiter ausgebaut und agressiv durchgestzt. „Jetzt wird in Europa Deutsch gesprochen!" (CDU-Fraktionschef Volker Kauder).

In breiten Teilen der Gesellschaft hat sich, damit einhergehend, ein Arbeitsfetisch etabliert, der letztendlich in einem, von verschiedenen Institutionen durchgesetzten, Arbeitszwang gipfelt – frei nach dem Motto: „Wer nicht arbeitet ist auch nichts!" Gleichzeitig mündet diese Einstellug allzu oft in Sozialchauvinismus, der sich gegen ALG-II Bezieher*innen, andere „Faulenzer" oder „Sozialschmarotzer" richtet und rassistische Hetze gegen „faule Südländer" (Bild) fördert.

Die großen Gewerkschaften spielen dieses Spiel willig mit und haben sich durch die Sozialpartnerschaft dem Kapital schon vor langer Zeit an den Hals geworfen. Sie halten das falsche Bild aufrecht, Arbeit müsse nur „fair" bezahlt werden und damit hätten sich die Probleme eigentlich auch schon gelöst. Damit wird der Zwang zur Arbeit verschleiert und so getan als könnte es ein Gleichgewicht zwischen Kapital und den Menschen geben. Die einfachste Grundregel des Kapitalismus, dass dieser ständig neu akkumulieren (Gewinne erhören) muss, wird vergessen.

Nicht nur ökonomisch Zwänge...

Überall ist Arbeit auch verbunden mit patriarchaler Herrschaft. Auch in unserer heutigen, vermeintlich so emanzipierten Gesellschaft sind Frauen den Strukturen männlicher Dominanz unterworfen. Frauen verdienen in Deutschland zwischen 8 und 12% weniger als männliche Kollegen - bei gleicher Qualifikation und gleicher Arbeit. Auch die deutliche Unterrepräsentanz von Frauen in höheren beruflichen Positionen ist kein Zufall, sondern ein Ausdruck der sexistischen gesellschaftlichen Strukturen in denen wir nach wie vor leben. Sexuelle Unterdrückung und Diskriminierung sind auch heute noch an der Tagesordnung und tief in allen Bereichen dieser Gesellschaft verankert. Somit wird es als selbstverständlich hingenommen – und durch den Staat liebend gern gefördert -, dass die Frau für die Kindererziehung zu Hause bleibt, während Hausmänner sowieso nur Weicheier sind, die sich ganz unmännlich dem karrieregeilen Weib unterwerfen.
Die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft führt zwar zu einer vermeintlich größeren Wahlfreiheit der Lebensentwürfe, doch gerade die konstruierten Unterschiede zwischen den Geschlechtern werden nicht hinterfragt, geschweige denn angegriffen.
Solange Lesben nur in Pornos akzeptiert sind, Männer mit lackierten Fingernägeln als Schwuchteln beschimpft werden und Frauen sich rechtfertigen müssen, wenn sie sich gegen sexuelle Übergriffe zur Wehr setzen – solange kann von einer emanzipierten Gesellschaft nicht die Rede sein und solange wird es keine wirkliche Freiheit geben.

... müssen überwunden werden

Alle Formen der Ausbeutung und Unterdrückung, ob durch Lohnarbeit, Rollenbilder oder Chauvinismus müssen für eine befreite Gesellschaft überwunden werden. Dabei können wir uns nicht auf Staaten oder Parteien verlassen. Der Staat ist nur der lokale Verwalter der Ausbeutung, von ihm ist keine Hilfe zu erwarten, ebensowenig, wie von allen Organisationen die ihn stützen. Unser Kampf gegen staatliche und jede andere Form von Herrschaft ist notwendig, weil eine selbstverwaltete Gesellschaft, frei von Unterdrückung sich nicht von oben herab installieren lässt, sondern von den Menschen selbst errichtet werden muss.

Für diese Gesellschaft werden wir uns solidarisch organisieren. In gegenseitigem Austausch können wir erfahren, wie es ist, ohne Zwang und Konkurrenz zu leben und zu arbeiten. Selbstverwaltet erkennen wir die Fähigkeiten und Bedürfnisse jeder einzelnen Person und können uns gemeinsam danach richten. Und während die Gleichheit der Menschen Ausgrenzung und Ausbeutung ausschließt, werden Vielfalt und individuelle Freiheit gewahrt.

Auch wenn es bis dahin noch ein langer Weg ist:
Lasst uns für dieses bessere Leben für alle am 1. Mai auf die Straße gehen.

Kommt zur libertär-anarchistischen Demonstration um 14 Uhr am Kaiserplatz in Bonn!

Für die Anarchie!

Mehr Infos: *http://bonnlibertaer.noblogs.org/*

Termine

Dresden
Die Vortragsreihe "Think about." findet vom 26. März bis zum 20. April in verschiedenen Veranstaltungsräumen Dresdens statt und will verschiedene Aspekte anarchistischer Theorie und Praxis vermitteln. Damit soll insbesondere interessierten Neueinsteiger*innen Know-How und Hintergrundwissen vermittelt werden, um selbst politisch tätig zu werden. Zu allen Veranstaltungen können die Teilnehmenden zusätzlich externe Festplatten und USB-Sticks mitbringen, um eine Reihe hilfreicher Programme, E-Books, Reader sowie frei Bücher und Musik zum Thema zu erhalten.

u.a. mit diesen Themen:

Dresden-Neustadt
03.04: 19:00 Uhr Martin-Luther-Straße 33,
Vortrag: Konsens – eine gerechte Entscheidungsform?
Wir wollen euch das Prinzip und Methoden zur Entscheidungsfindung vorstellen.

AZ Conni
07.04 - ab 11:00 Uhr Essen ab 13 Uhr Vortrag Rudolf-Leonhard-Straße 39. Dresden-Hechtviertel
Vortrag: Naturalismus, Vegetarismus, Veganismus und Rohveganismus in der französischen anarchistischen Bewegung 1895-1938

Dresden-Neustadt
09.04 - 19:00 Uhr Martin-Luther-Straße 33,
Vortrag: Strömungen des Anarchismus
Anarchistische Strömungen gibt es viele, aber was wollen die eigentlich jeweils? Euch erwarten Antworten auf diese und viele weitere Fragen.

Kosmotique
10.04 - 19:30 Uhr,
Martin-Luther-Straße 13, Dresden-Neustadt
„Und keine Macht der Partei!" – Dresdner Anarchismus in Weimarer Republik und NS

WUMS e.V.
19.04 - 21 Uhr, Columbusstraße 2, Dresden-Löbtau
Grufti-Soliparty – „Für die Freiheit seh ich schwarz"

WUMS e.V.
20.04. - ab 13 Uhr Essen ab 14:30 Uhr Vortrag Columbusstraße 2, Dresden-Löbtau
How-to und Brunch: Anarchismus in Dresden und Umgebung
Im Rahmen eines Brunch wollen wir euch Praxismöglichkeiten aufzeigen sich in Dresden anarchistisch zu vernetzen oder gleich selber eine Gruppe zu gründen. Im Anschluss (ca. 17:30 Uhr) werden gemeinsam Demomaterialien für die libertäre 1. Mai-Demo in Dresden hergestellt.
Mehr Info: *libertaeres-netzwerk.info*

Radiotipp
6.04.13 ab 23:05 Uhr:
Lange Nacht über Erich Mühsam im Deutschlandfunk
www.dradio.de/dlf/programmtipp/langenac...

Wuppertal
06.04.13 - 21:00 Uhr: Autonomes Zentrum, Markomannenstr. 3, Wuppertal
Solidaritätskonzert für das ABC Belarus
Mit "La société elle a mauvaise haleine" (Anarchopunk aus Frankreich) und "Daddy Longleg" (Punkrock aus Münster)

Rosenheim
07.04.13 - 19:00 Uhr: Z – linkes Zentrum in Selbstverwaltung, Innstr. 45a, Rosenheim
Dokumentarfilm: „es kann legitim sein, was nicht legal ist" – über Martin Löwenberg

Dresden
22.04.13 - 19:00 Uhr: WUMS e.V., Columbusstraße 2, Dresden Löbtau
Anarchist Black Cross Belarus (Weißrussland) berichtet über inhaftierte Anarchist*innen
Mehr Infos: *libertaeres-netzwerk.info*

Rosenheim
26.04.13 Uhrzeit steht leider noch nicht fest
Z – linkes Zentrum in Selbstverwaltung, Innstr. 45a, Rosenheim
Vortrag: Mythos Schule – Warum Bildung entstaatlicht und entschult werden muss

Mannheim
19.04.13 – So, 21.04.13
2. Anarchistische Buchmesse in Mannheim
Sonderausgabe der [改道] Gǎi Dào zur Messe unter:
fda-ifa.org/category/gai-dao

Mannheim
27.04.13
Nachttanzdemo...
...für selbstverwaltete Freiraume aus Anlass des 40-jährigen Bestehens des JUZ Mannheim u.A. mit einem Wagen der Anarchistischen Gruppe Mannheim in Kooperation mit dem Kritischen Kollektiv

Dresden
01.05.13 - ab 12:00 Uhr Kundgebung: ab 14 Uhr Demo Theaterplatz, Dresden-Altstadt
Libertäre 1. Mai-Demo: "Wir kriegen nur wofür wir kämpfen!"
Mehr Info: *libertaeres-netzwerk.info*

Freiburg
01.05.2013 - Uhrzeit steht leider noch nicht fest
Libertäre 1. Mai Demo
„Nieder mit der Arbeit - Gegen Staat, Nation und Kapital"
Mehr Infos: *01maifreiburg.blogsport.de*

FdA hautnah

*Regelmäßige Termine der Mitglieder in der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen.*

BERLIN

Anarchistischer Stammtisch der Anarchistischen Föderation Berlin (AFB)
2. Donnerstag im Monat ab 19 Uhr
Tempest Library, Reichenberger Str. 63a, 10999 Kreuzberg
(U2 Görlitzer Bhf, M29 Ohlauer Str.)
4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr
Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg
(U1 Eberswalder Str.)

Tresen der Anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)
2. und 4. Freitag im Monat ab 21 Uhr
Erreichbar, Reichenberger Str. 63a (Eingang im 2. Hinterhof)
Jeweils mit dem Büchertisch der **AFB**

DRESDEN

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen
Auf Anfrage mit mindestens 3 Wochen Vorlauf Wanderungen, Übernachtungen,politisch-historische Führungen gegen Spende für lokale Projekte im Raum Dresden und Sächsische Schweiz

Solidaritätsbrunch der Tierrechtsgruppe Dresden
Jeden 1. Sonntag im Monat ab 11 Uhr, (4-6 Euro Spende erbeten)
AZ Conni, Rudolf-Leonhard-Str. 39, Dresden-Hechtviertel

Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dresden
Jeden 2. Mittwoch 20 Uhr in der Kneipe „Trotzdem"
Alaunstr. 81, Dresden-Neustadt
und 4. Freitag, 20 Uhr, in der Kneipe des „riesa efau"
Adlergasse 14, 01067 Dresden in Dresden-Friedrichstadt

Offenes Plenum der Tierrechtsgruppe Dresden
Jeden 2. Donnerstag im Monat, 20 Uhr
AZ Conni, Rudolf-Leonhard-Str. 39, Dresden-Hechtviertel

Offenes Treffen der psychiatrie-kritischen Gruppe Projekt Ikarus
Jeden 3. Mittwoch im Monat, 19 Uhr
AZ Conni, Rudolf-Leonhard-Str. 39, Dresden-Hechtviertel

Probe des libertären Chors des AK Freizeit
Jeden 4. Freitag im Monat, 18 Uhr
WUMS e.V., Columbusstraße 2, Dresden Löbtau

MANNHEIM

Volxküche der Anarchistischen Gruppe Mannheim (AGM)
Jeden 1. Sonntag ab 19:00 Uhr
im ASV, Beilstraße 12 (Hinterhaus), 68159 Mannheim

Radio Libertad – libertäre Nachrichtensendung der AGM auf Radio Bermudafunk (89,6 in Mannheim 105,4 in Heidelberg)
Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat von 13:00 – 14:00 Uhr

HEIDELBERG

A-Kneipe
Jeden 1. Samstag im Monat, ab 19.30 Uhr
im Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg-Altstadt

KÖLN

A-Schwarzer Tresen der Anarchistischen Gruppe Köln
Jeden 2. Mittwoch ab 20 Uhr in der Nantonka-Bar
Autonomes Zentrum Kalk, Wiersbergstrasse 44, 51103 Köln

STUTTGART

Schwarz Roter Tresen der FAU Stuttgart
jeden ersten Mittwoch im Monat, 20:00 Uhr
im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

LUDWIGSBURG

Anka L – das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündinis Ludwigsburg (LB)²
Jeden 4. Mittwoch
im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

KARLSRUHE

Offenes Treffen der Libertären Gruppe Karlsruhe
Jeden 2. Dienstag ab 19 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Volxküche der Libertären Gruppe Karlsruhe
Jeden 3. Donnerstag ab 19 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Offenes Treffen der FAU Karlsruhe
Jeden 1. Samstag ab 15 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio
Jeden 2. Sonntag um 18 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder querfunk.de

Pforzheim

Jeden Dienstag Lesekreis in der alten Fabrik

Bitte vorher anmelden unter: *alerta@kommunikationssystem.de*

FÖDERATION DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist.
Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt.
Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend.
Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
www.fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen
Kontakt: secretariat@i-f-a.org
www.i-f-a.org

A4-Druckereikollektiv (Zürich)
Kontakt: info@a4druck.ch
www.a4druck.ch

alert|a Pforzheim
Kontakt: alerta@kommunikationssystem.de
http://alertapforzheim.blogsport.de/

Anarchistische Föderation Berlin
Kontakt: afb@riseup.net
http://afb.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Freiburg
Kontakt: kontakt@ag-freiburg.org
http://ag-freiburg.org

Anarchistische Gruppe Köln
Kontakt: ag-koeln@riseup.net
http://agkoeln.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
http://anarchie-mannheim.de

Anarchistische Gruppe Ortenau
Kontakt: ago@riseup.net
http://ago.blogsport.de

AG K.A.R..O. (Mainz)
Kontakt: agkaro@riseup.net
http://agkaro.blogsport.de

antinationale.org (Saarland)
Kontakt: antinationale@riseup.net
http://antinationale.org

Emanzipatorische Gruppe Konstanz
Kontakt: emanzipatorische-gruppe@systemausfall.org
http://emanzipatorischegruppe.blogsport.de

Freie Arbeiter*innen Union (FAU) Karlsruhe
Kontakt: kontakt@fau-karlsruhe.org
http://fau-karlsruhe.org

Freie Arbeiter*innen Union (FAU) Stuttgart
Kontakt: faus@fau.org
http://faustuttgart.blogsport.de

Karakök Autonome (Türkei/Schweiz)
Kontakt: laydaran@immerda.ch
http://karakok.org

Libertäres Bündnis Ludwigsburg (LB²)
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
http://lblb.pytalhost.de/

Libertäre Gruppe Heidelberg
Kontakt: libertaeregruppe-hd@posteo.de
http://anarchieheidelberg.blogsport.de

Libertäre Gruppe Karlsruhe
Kontakt: lka@riseup.net
http://lka.tumblr.com/

Libertäres Netzwerk Dresden
Kontakt: linetdd@riseup.net
https://libertaeres-netzwerk.info/

Libertäre Initiative Schleswig Holstein
Kontakt: sortesindet@marsmail.de

Nigra (Ortenau)
Kontakt: nigra@riseup.net
http://nigra.noblogs.org